

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 247.

Sonntag, den 21. Oktober 1911.

18. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Der Zeitpunkt der allgemeinen Abrechnung mit den Volksbedrückern und -ausbeutern rückt immer näher. Noch ist der Tag der Reichstagswahlen nicht bestimmt, da aber die Legislaturperiode des Hottentottenreichstages mit der am Dienstag begonnenen Session ihre Ende erreicht, so kann mit den Neuwahlen im Januar nächsten Jahres gerechnet werden. Steht man das Fazit aus den Leistungen des zwiefachen Blockreichstages — des konservativ-liberalen und des konservativ-ultramontanen —, so ist die Tatsache zu konstatieren, daß der Nutzen für die Arbeiterklasse bei weitem nicht die Nachteile aufwiegt, die sie durch Tätigkeit der Blockparteien im Reichstage zugezogen erhalten hat.

Der Reichskanzler Fürst Billow seligen Andenkens hatte als Lösungsworte für die Wahlen ausgegeben: „Paarung konservativen und liberalen Geistes.“ Diese Paarung, die der alte Abg. Träger mit Recht als eine Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen bezeichnete, hat denn auch stattgefunden. Schon während der Wahlbewegung war dieser Geist zu spüren; noch mehr aber zeigte er sich bei der Gesetzesmacherei im Reichstage.

Die erste Frucht der Blockpolitik war das neue Reichsvereinsgesetz. Es war wirklich an der Zeit, daß das bisherige reaktionäre Vereinsrecht, oder richtiger gesagt, Vereinsunrecht beseitigt wurde. Die Sozialdemokratie hat es an Arbeit nach dieser Richtung hin nicht fehlen lassen. Seit 1878 brachte sie entsprechende Anträge ein, ohne aber auf Gegenliebe bei den bürgerlichen Parteien zu stoßen. Der neue Blockreichstag sollte nun das Wunder vollbringen. Aber alle, die sich großen Erwartungen hingeeben hatten, wurden bitter enttäuscht. Wohl wurde die Buntschichtigkeit des Vereinsrechts beseitigt und kleine Verbesserungen, so z. B. die Versammlungsfreiheit für Frauen, aufgenommen, aber die Möglichkeit der Schikane, unter der die Arbeiter ganz besonders schwer zu leiden hatten, blieb bestehen. Ja, was man bisher nicht oder nur ganz verschwindend kannte, nämlich, daß auch rein gewerkschaftliche Versammlungen polizeilich überwacht wurden, das trat nach Erlaß des Reichsvereinsgesetzes viel häufiger ein. Auch der willkürlichen Ausübungsbefugnis durch die Polizei wurden Tor und Tür geöffnet. Von den Bestimmungen über Jugendliche und dem sogenannten Sprachenparagrafen, der sich direkt gegen die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit richtet, wollen wir ganz schweigen.

Ein weiteres Werk des Blockreichstages war die Belastung des arbeitenden Volkes mit mehr als 400 Millionen Mark indirekter Steuern. Wie sehr die bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstage bestrebt sind, der Arbeiterklasse Wohlthaten zu verweihen, beweist am allerbesten die letzte Reichsfinanzreform. Zu der Zeit, wo die Vorlagen im Reichstage eingebracht wurden, lastete auf Deutschland wie auf der gesamten kapitalistischen Welt eine schwere wirtschaftliche Krise. Tausende von Arbeitern waren brotlos und wußten nicht, woher sie für sich und ihre Familie den Lebensunterhalt beschaffen sollten. Trotzdem muteten Regierung und bürgerliche Parteien dem Volke zu, neue Hunderte von Millionen ruhig auf sich zu nehmen. Der anstrengenden Arbeit der Sozialdemokratie gelang es nicht, die ungeheure Last von den Arbeitern, den Minderbemittelten, fernzuhalten.

Nicht für Kulturzwecke werden die Millionen gebraucht. Dem Moloch Militarismus, der Waffe des brutalesteren Unternehmertums gegen den sogenannten inneren Feind, die organisierte Arbeiterschaft, wurden sie in den Rücken geworfen. Schon ist die Schuldenlast des Reiches ins Unendliche gestiegen, und immer neue Heeresforderungen werden bewilligt. Noch im Frühjahr dieses Jahres wurde wieder eine neue Militärvorlage angenommen, die den Steuerzahlern über 140 Millionen Mark kostet.

Dadurch wird die Lebenshaltung des Proletariats ungeheuer schwierig. Ja sie ist direkt gefährdet, wenn der Reichstag fortfährt, die Zoll- und Wucherpolitik der Schlot- und Krautjunker zu betreiben. Die Preise für Lebensmittel und andere Produkte sind dermaßen künstlich in die Höhe getrieben, daß es einer Arbeiterfamilie schier unmöglich ist, sich eine normale Lebensweise angeeignen zu lassen. Wie soll der Arbeiter sein Leben fristen können, ja wie steht es überhaupt um seine Existenz, wenn jede, durch jahrelanges Ringen und Kämpfen mit dem Unternehmertum zustandegekommene Lohnaufbesserung durch die heutige Wirtschaftspolitik, durch Zölle und Steuern wieder doppelt und dreifach aufgesaugt wird? Eine allgemeine Hungernot, Siedtum und Degeneration der Arbeiterklasse, das ist die unausweichliche Folge. Auch hier ist die So-

zialdemokratie im Reichstage nicht müßig gewesen. Sie hat die Regierung wiederholt ersucht, Maßnahmen zur Linderung der unaussprechlichen Not zu treffen und weiter hat sie Anträge dahingehend gestellt, die Zollschranken zu beseitigen, die Grenzsperrn aufzuheben und schließlich mit der ganzen Wucherpolitik umgehend zu brechen. Was tat aber die Regierung? Entweder glänzte sie bei Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation durch Abwesenheit oder sie erging sich in nichtssagenden Verlegenheitsreden. Und auch die bürgerlichen Parteien hatten meist nur Hohn und Spott für das Wohl und Wehe der Arbeiter übrig.

Und wie steht es mit der Tätigkeit der Blockparteien auf sozialpolitischem Gebiet? Mit Ach und Krach ist noch die Reichsversicherungsordnung zustande gekommen, dieses Monstrum von Gesetz, das in der Thronrede als ein soziales Werk „in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen“ bezeichnet wurde. Eine schlimmere Brüsklerung der Arbeiterschaft ist so bald nicht dageswesen. Unsere heutige Sozialgebung lehnt es ab, wirkliche Hilfe aus Staatsmitteln zu leisten; sie verweist die Arbeitenden auf ihre eigene oder auf private Unterstützung.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle Schandtaten des Blockreichstages im einzelnen behandeln. Diese kleine Auslese mag genügen, um der Arbeiterschaft zu zeigen, wie ihre Lebensinteressen von der bisherigen Reichstagsmehrheit mißachtet werden.

Was der alte Reichstag etwa verabsäumt hat, soll der neue nachholen. Es liegt bereits ein frisch gebundenes Bouquet bereit, an dem sich der Arbeiter ergötzen soll. So ist eine weitere Verteuerung der Lebensmittel in Aussicht genommen, neue Marineforderungen werden erhoben; das geltende Koalitionsrecht der Arbeiter soll durch Verschlechterung der Strafprozessordnung beseitigt werden, und schließlich trägt man sich mit dem schon längst erwogenen Gedanken, die Arbeitswilligengarde a la Hinke und Konsorten in gefühlige Obhut zu nehmen. Das sind wirklich recht nette Aussichten für die arbeitende Klasse. Wenn da nicht alles daran gesetzt wird, die konservativ-klerikale Mehrheit zu beseitigen und eine liberal-konservative zu verhindern, dann kann das Volk schon jetzt anfangen, den Schmachtriemen immer etwas enger zusammen zu ziehen.

Der Reichstag hat für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft eine große Bedeutung. Einmal deswegen, weil die Grenzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit weit über das wirtschaftliche Gebiet hinaus, bis tief hinein in das politische Leben sich erstrecken und zweitens, weil die Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung nur durch eine machtvolle politische Interessensvertretung im Parlament gesichert und dem Arbeiter wirklich zugänglich gemacht werden können. Deshalb kann und darf es auch einem Mitglied der Gewerkschaft nicht gleichgültig sein, welche Partei im Reichstag vertreten ist.

Die Interessen der Arbeiter hat bisher nur die Sozialdemokratie ernsthaft vertreten, alle übrigen Parteien, soweit sie überhaupt vorgaben, für die Arbeiterschaft etwas tun zu wollen, heuchelten nur Arbeiterfreundlichkeit. Darum darf einem bürgerlichen Kandidaten keine einzige Wählerstimme aus Arbeiterkreisen zufallen.

Jeder gewerkschaftlich organisierte hat jetzt die Pflicht, als Staatsbürger sich auch politisch zu betätigen und im Anschluß an die Sozialdemokratie dafür einzutreten, daß den Interessen der Arbeiterklasse in der Reichsgesetzgebung mehr als bisher Geltung verschafft wird. Diese Pflicht liegt nicht allein den wahlfähigen Arbeitern ob, sondern alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts müssen dahin wirken, daß die Gesetzgebung in der ihrem Wohle dienenden Weise beeinflusst werde. Jedem ist die Möglichkeit der politischen Organisation und der Mitwirkung in allen Phasen der Arbeiterbewegung geboten. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß sein Teil dazu beitragen, daß am Tage der großen Abrechnung mit den Volksfeinden, am Tage der Reichstagswahl, zuverlässige Arbeitervertreter, das sind Sozialdemokraten, gewählt werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Militaristische Mehrausgaben im neuen Reichsetat.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ kündigen „ganz beträchtliche“ Mehrausgaben an, die in erster Linie für die weitere Durchführung des neuen Quinquennatgesetzes bestimmt sind. Weiter versichern sie, daß auch die Mehrausgaben für Naturalverpflegung in Heer und Marine schwer ins Gewicht fallen werden. Im Etat 1912 werde dieser Posten gegen 1911 eine Erhöhung um nicht weniger als 15 Mil-

lionen Mark erfahren. Dazu komme noch die Erhöhung bei der gleichen Position des Marineetats.

Die Lebensmittelerhöhung, die zum großen Teil durch den Brot- und Fleischwucher der Agrarier verursacht worden ist, findet also auch in unserem Reichsetat ihren schwerwiegenden Ausdruck. Wenn die Ausgaben für unseren Militarismus aber so beträchtlich steigen, darf man gespannt darauf sein, durch welche Staatskünsteleien die Regierung den von dem blauschwarzen Block gewünschten günstigen Etatabschluß vorzuspiegeln suchen wird!

Ein „Erfolg“ des Auswärtigen Amtes.

Das Auswärtige Amt hat einmal einen Erfolg erzielt, der der stauenden Umwelt auch sofort unterbreitet wird. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ verkündet nämlich an der Spitze des Blattes: „Pressemeldungen zufolge soll ein deutscher Reichsangehöriger, Herr von Lohow, der übrigens nicht, wie behauptet, deutscher Konsulatssekretär ist, durch die italienischen Behörden aus Tripolis ausgewiesen worden sein. Tatsächlich ist Herr von Lohow zum Verlassen von Tripolis seitens des italienischen Konsuls aufgefordert worden, der vorgab, ihn im Verdacht der Spionage zu haben, doch ist ein Ausweisungsbefehl auf Einspruch des deutschen Konsuls unterblieben. Es sind in Rom die erforderlichen Schritte getan, um den deutschen Untertan vor Belästigung zu schützen, so lange ihm Umtriebe zur Schädigung der militärischen Operationen nicht nachgewiesen sind.“

Die Notstandseisenbahntarife und der Handel.

Die „Post“ teilt, offenbar offiziös inspiriert, mit, daß die Tarifermäßigungen, die die preußische Regierung aus Anlaß der Teuerung eintreten ließ, von Handeltreibenden im eigenen Interesse ausgenutzt werden; die für die Konsumenten erhoffte Preisermäßigung werde dadurch vereitelt.

Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten gehe mit Rücksicht auf die ungünstige Erfahrung, die in dieser Hinsicht mit den von ihm veranlaßten Frachtermäßigungen jetzt zu machen war, mit der Absicht um, von einer aus Sachverständigen aus den Kreisen der Landwirte und des Handelsstandes zusammengesetzten Kommission die Frage grundsätzlich und eingehend prüfen zu lassen, wie in zukünftigen Fällen solchem Mißbrauch zu begegnen und dafür gesorgt werden kann, daß die von der Eisenbahnverwaltung zur Beseitigung von Notständen gewährten Tarifermäßigungen auch in der beabsichtigten Richtung tatsächlich wirken.

Das Schicksal der Einfuhrscheine.

Wie die ultramontane „Märkische Volkszeitung“ hört, schweben Erwägungen über Einbringung eines Gesetzesentwurfes, durch den das System der Einfuhrscheine eine Änderung erfahren soll. Es ist demnach beabsichtigt, den Zustand zu beseitigen, daß mit diesen Scheinen der Zoll auf Kaffee und Petroleum bezahlt werden kann, vielmehr sollen die Einfuhrscheine nur zur Begleichung des Zolles auf eingeführtes Brotgetreide Verwendung finden dürfen.

Die Agrarier werden damit nicht einverstanden sein, denn auf diese Weise würden die Einfuhrscheine für sie so ziemlich jeden Wert verlieren.

Nationalliberal-konservatives Liebeshehen.

Die rechtsnationalliberale Berliner „Börsezeitung“ läßt sich von „parlamentarischer“ Seite versichern, daß die jetzige Tagung des Reichstags in mehr als einer Hinsicht mitbestimmend für das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu einander sein werde. Der Parlamentarier fährt dann fort:

„Wir sind auf Grund genauerer Kenntnis der Stimmung in den beiden Parteilagern der Ansicht, daß es sowohl bei den Nationalliberalen wie bei den Konservativen weite Kreise gibt, die trotz der scharfen Gegensätze, welche bei den leitenden Persönlichkeiten hüben und drüben bei mehr als einer Gelegenheit in der letzten Zeit zutage getreten, ja allem Anschein nach aus gewissen parteitaktischen Motiven geflissentlich hervorgekehrt worden sind, nach wie vor an der Überzeugung festhalten, daß ein Zusammenarbeiten aller gemäßigten Elemente auf der Linken wie auf der Rechten nicht nur nützlich für beide Seiten, sondern auch im allgemeinen vaterländischen Interesse dringend geboten erscheint. In eine faßliche Formel gekleidet, heißt das, daß weder bei den Nationalliberalen noch bei den Konservativen ungeteilte Genugtuung über den Gegensatz Wasser- und Heubrand herrscht. Im Gegenteil! Es ist längst ein offenes Geheimnis, daß große und gewichtige Teile der nationalliberalen Partei im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, in Sachsen, in Schleswig-Holstein, in Hamburg, wie im Süden des Reiches von

den Folgen und Früchten der jüngsten Richtung in der Leitung der nationalliberalen Partei keineswegs erbaut sind und mit starker Besorgnis das Ende des Weges zu erspähen suchen, den diese Richtung eingeschlagen hat. Diese Tatsache können alle Beschränkungsversuche, können alle Rundgebungen der Gegenseite nicht aus der Welt schaffen; auch der Hinweis auf den Verlauf des letzten nationalliberalen Parteitages und seine Augenblicks-Demonstration, die einem leicht begreiflichen Solidaritätsgefühl entflammte, reicht als Beweis für ihr Nichtvorhandensein nicht aus. Andererseits braucht man sich nur ein wenig bei den Konservativen im Lande, diesseits wie jenseits der Elbe umzuhören, um die Erfahrung zu machen, daß die Heydebrandtsche Politik a entrance längst nicht jene Einmütigkeit in den konservativen Kreisen hinter sich hat, an die der ebenso kluge, wie ehrgeizige Führer der Konservativen so gerne glauben machen möchte. Von den Tagen des Streites um die Erbschaftsteuer an ist in der konservativen Partei die Meinung nicht ausgestorben, daß die Führung der Partei durch Herrn von Heydebrandt bei allen momentanen Erfolgen oder vielmehr Scheinerfolgen die Zukunft der konservativen Sache mehr gefährdet als gesichert. Viele Meinung hat gerade in der letzten Tagung des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses einerseits durch den immer deutlicher werdenden engen Anschluß der Heydebrandtschen Politik an das Zentrum, andererseits durch die scharfe Stellungnahme des konservativen Führers gegen die Nationalliberalen eine wesentliche Verstärkung erfahren. Man muß die Konstruktion der konservativen Partei, vor allem über die Personenfrage in ihr ins Auge fassen, wenn man nach einer Erklärung für den Umstand sucht, daß die unieugbar vorhandenen Gegensätze in der Partei nicht mit der gleichen Deutlichkeit zutage treten, wie es bei den Nationalliberalen der Fall ist. Die Konstatierung der Tatsache, daß weite Kreise bei den Nationalliberalen wie bei den Konservativen mit den Forderungen der beiden gegenwärtigen Parteileitungen keineswegs sympathisieren, sondern eine Wiederannäherung der beiden großen Parteien für ein erstrebenswertes, weil im Interesse des Vaterlandes liegendes Ziel erachten, führte von selbst zur Aufwerfung der Frage, ob dahin gehende Bestrebungen Aussicht auf Erfolg haben. Die Beantwortung dieser Frage hängt letzten Endes davon ab, ob es auf beiden Seiten gelingen wird, gewisse persönliche Aspirationen durch ein schärferes Hervorheben der allgemeinen Interessen auf ein Maß herabzuschrauben, das einem Zusammenwirken der Parteien nicht mehr absolut hindernd im Wege steht. Wir verkennen keineswegs, daß das eine schwere Aufgabe sein wird, zumal in der Zwischenzeit von den Heißspornen auf beiden Seiten manches geschehen ist, um die Gegensätze zwischen rechts und links noch mehr zu vertiefen. Andererseits lehrt aber auch die Erfahrung, daß die durch eine gemeinsame parlamentarische Tätigkeit gebotene Gelegenheit zu direkter Berührung der Parteien miteinander bei einigem guten Willen auf beiden Seiten sehr wohl zur Annäherung einer Verständigung benutzt werden kann. In diesem Sinne wird die gegenwärtige Tagung des Reichstags für Nationalliberale wie Konservative doppelt bedeutsam sein. An Berührungspunkten wird es den beiden Parteien allem Anschein nach nicht fehlen. Es wird auf ihre geschickte Benutzung durch die gemäßigten Elemente auf beiden Seiten ankommen, ob es gelingt, die vorhandenen Gegensätze so weit zu mildern, daß wenigstens eine unüberbrückbare Feindschaft mit unabsehbaren Folgen hintangehalten und die Möglichkeit eines Zusammengehens auch bei den kommenden Wahlen offen gelassen wird.

Es ist bekannt, daß in der nationalliberalen Partei weite und ziemlich einflußreiche Kreise sind, denen die Oppositionsstellung, in die sich Bassermann mit seinem nächsten Anhang hineingeredet hat, sehr peinlich ist. Und dieser Aggraviation auf die Bassermannpolitik dürfte nicht nur deswegen größere Bedeutung haben, weil er aus dem Kreise der Fraktionskollegen Bassermanns kommt, es werden hinter ihm so kapitalkräftige Nationalliberale stehen, daß ihre Bedeutung für die Kassen der Nationalliberalen wohl den Kriegsruf gegen die Schwarzblauen verstümmeln lassen kann.

Wenn nun auch ein direktes Abschwenken der Nationalliberalen zu den Konservativen nicht zu erwarten ist, umsoweniger, als die nationalliberal-fraktionellen Wahlabsichten nicht rückgängig zu machen sind, so kann doch von einem energischen Vorstoß der Nationalliberalen nach rechts nicht mehr die Rede sein. Bei den Stichwahlen wird sogar trotz Wahlbündnis mit dem Fortschritt nicht selten die Liebe zum konservativen Bruder praktische Folgen haben.

Zur Reichstags

wurde am Freitag die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Privatbeamtenversicherung fortgesetzt. Zunächst sprach der bekannte Renommier-Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Trimborn, aus Köln, dessen sozialpolitischer Ruf übrigens seit seinen Leistungen bei der Reichsversicherungsordnung gründlich ramponiert ist. Herr Trimborn ist mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden und vertritt mit rührender Laubennacht, daß das gute Zentrum gar nicht daran denke, irgendwelche parteipolitischen Zwecke bei der Beratung des Entwurfs zu verfolgen, den er übrigens an die Kommission zu verweisen vorschlägt, die die Reichsversicherungsordnung verhandelt hat. Ungefähr gerade so wie der schwarze, spricht auch der blaue Blockbruder, Herr von Richthofen-Dambsdorf, d. h. soweit er überhaupt zu verstehen ist. Die Stimme erster Kritik kam erst in der dritten Rede dieses Tages zur Geltung, die Senussi Robert Schmidt hielt. In vorzüglichen Ausführungen wies unser Redner auf die Schwächen und Unzulänglichkeiten des Entwurfs hin, der, wenn überhaupt etwas Brauchbares herauskommen soll, mindestens noch gründlicher Verbesserungen bedarf. Der Kardinalfehler ist, daß hier wieder eine Sonderversicherung geschaffen wird. Mit Recht verpöbelte unser Redner die schlichten Hoffnungen der Gegner, mit diesen Brocken die Privatangelegenheiten einzuzangen. Auch in diesen Kreisen beginnt es gemach zu regnen und es wehren sich die

Stimmen, die die sozialpolitische Heuchelei der bürgerlichen Parteien nach Gebühr werten und beim rechten Namen nennen. — Die Redner der liberalen Parteien, Dr. Stresemann und Dr. Mugdan sprachen sich im allgemeinen zustimmend zu der Vorlage aus. Hurrapatriotische Löhne schlug der Herr Ling von der Reichspartei an, der augenscheinlich die ihm noch verbleibende Zeit als Reichstagsmitglied ausgiebig zu Schwänmeliedern benutzen will. Auch der Pole Korfanst sprach sich für die Vorlage aus, desgleichen der Antisemit Raab, wenn auch mit dem schweren Herzen des Altmittelständlers. Die Vorlage wanderte sodann nach dem Vorschlage Trimborns an die Reichsversicherungsordnungskommission.

Am Sonnabend: Kleine Vorlagen.

Kandidatenschmerzen in Württemberg.

Die kürzlich aufgetauchte, geschmacklose Idee, den dem Parteileben fernstehenden Grafen Zeppelin als gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten für den Stuttgarter Wahlkreis aufzustellen, kann als endgültig abgetan gelten. Während die Konservativen und das Zentrum dem Plane nicht abgeneigt waren, hat ihn die volksparteiliche Presse sofort glatt abgelehnt. Die Nationalliberalen, die nach dem mit der Volkspartei getroffenen Abkommen den gemeinsamen liberalen Kandidaten für Stuttgart zu stellen haben, präsentieren nun den Oberbürgermeister von Eßlingen, Dr. Mühlberger. Der Sehnsucht dieses Herrn nach einem Reichstagsmandat steht nun das Versprechen im Wege, das er vor seiner Wahl zum Stadtvorstand abgegeben hat, daß er sich nicht um ein Reichstagsmandat bewerben werde. Trotzdem hat Dr. Mühlberger dreizehn Zusagen zur Annahme der Kandidatur gegeben. Er will sich aus seiner heiklen Situation dadurch befreien, daß er im Falle seiner Wahl sein Stadtvorstandsamts niederlegen und sich bei der Neuwahl wieder darum bewerben will. Nun ist Mühlberger aber auch im Besitz des Landtagsmandats für Eßlingen und da fragt es sich doch sehr, ob die Gemeindevähler ihm aufs neue die Bürde des Oberbürgermeisteramts auflegen würden. Aber die Reichstagswähler Stuttgarts werden hoffentlich durch die Wiederwahl des Abg. Hilbrandenbrand dafür sorgen, daß die Eßlinger Gemeindevähler vor diese Frage garnicht gestellt werden.

Im 14. württembergischen Wahlkreis (Ulm), wo eine volksparteiliche und eine nationalliberale Kandidatur gegeneinander aufgestellt sind, war dieser Tage von volksparteilicher Seite der Versuch einer Einigung auf den Präsidenten des Hansabundes, Geheimrat Rießer, gemacht worden. Die Nationalliberalen lehnen jedoch den Vorschlag ab, obgleich Rießer ihr Mitglied ist, weil ihnen zugleich angeschlossen wurde, als Gegenleistung den vierten Wahlkreis (Göppingen), wo sie schon einen Kandidaten aufgestellt haben, an die Volkspartei abzutreten.

England.

Ein Feldmarschall über die Not der Zeit. Aus London wird geschrieben: Unter den vielen Briefen, die die englische Presse in der letzten Zeit über die allgemein herrschende Gärung im Volk veröffentlicht hat, ist wohl keiner so interessant, als ein Schreiben Lord Roberts, des alten englischen Feldmarschalls. Lord Roberts ist bekanntlich der Hauptbefürworter der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien, der sich bei allen Gelegenheiten bemüht, die Öffentlichkeit an seine militärischen Forderungen zu erinnern. Auch in dem vorliegenden Schreiben vertritt er es, die gerade lebhaft diskutierte soziale Frage mit seinem Lieblingsgedanken in Verbindung zu bringen. Lord Roberts bezeichnet die Sozialreform und die nationale Verteidigung als die zwei wichtigsten Fragen, die gelöst werden müßten. Die liberale Partei komme nicht mehr in Betracht; sie habe ihre Aufgabe gelöst. Mit der Beibehaltung der Parlamentsmitglieder sei nun der fünfte Punkt der „Charter“ erfüllt und ein Geschichtsabschnitt zu Ende gekommen, dessen Anfang er selbst mit erlebt habe. Jetzt müsse sich seine eigene, die konservative Partei aufrufen und dem Volke einen neuen Weg weisen. Soziale Reformen und die nationale Verteidigung seien eng miteinander verknüpft. Ehe man mit Anstand vom Volke die Opfer der allgemeinen Wehrpflicht verlangen könne, müsse ein Werk der sozialen Gerechtigkeit in Angriff genommen werden. Der Feldmarschall schreibt: „Die Verhältnisse, in denen Millionen unseres Volkes leben, lassen es mir ganz natürlich erscheinen, wenn sie sich keinen Pfifferling darum kümmern, unter welcher Herrschaft sie zu leben berufen werden, und ich kann ihren Mangel an patriotischem Gefühl sehr wohl verstehen.“ — Wenn das ein „vaterlandsloser“ Sozialdemokrat geschrieben hätte!

Auch sonst findet sich in dem Briefe neben manchen Schlägen auch manche gediegene Ansicht. So heißt es in dem Briefe: „Mit wie viel mehr Vertrauen würden wir die jungen Leute dieser Nation und des Reiches aufzuziehen können, ihre Pflicht als Bürger Soldaten zu tun, wenn wir die Gewißheit hätten, daß sie England nicht als ein hartes Stiefmutter-, sondern als ihr wahres Mutterland betrachten, das sie in der Jugend emsig erzieht und auch ihr Wohlergehen im Mannes- und Greisenalter nicht außer acht läßt? Und wenn wir sie weiter aufzuziehen könnten, die Nation und das Reich zu verteidigen, weil sie innerhalb seiner Grenzen ein edleres und reicheres Leben führen können als an irgendeiner anderen Stelle der Welt? Doch haben es die jüngsten, nicht hinwegzuleugnenden Ereignisse klar gemacht, daß für Tausende und aber Tausende Engländer, die der täglichen Arbeit nachgehen, die Aufforderung, sich für ihr Vaterland aufzuopfern, wie eine Beleidigung der gesunden Vernunft klingen muß; denn die Verhältnisse, in denen sie leben, machen ihr Leben allein schon zu einem nie endenden Opfer.“ Ob man wohl weit am Ziele vorbeigelaufen würde, wenn man statt Engländer Deutsche, Österreicher, Franzosen, Italiener oder Amerikaner setzte?

China.

Die Revolutionäre sind — trotz aller „amtlichen“ Meldungen aus Peking über die Niederlage der Aufständischen — nach mehreren übereinstimmenden Nachrichten siegreich geblieben. Am Mittwoch zwangen sie die Kaiserlichen, sich auf ihr Lager zurückzuziehen;

am Nachmittag eröffneten die Kanonenboote ein Feuer, aber sie schossen zu weit. In der Nacht wurden die Revolutionäre verstärkt und sie nahmen eine starke Stellung ein. Am Donnerstag rückten 5000 Aufständische vorstößig gegen das Lager der Kaiserlichen vor und verbrannten Hunderte von Häusern, in denen feindliche Schützen Deckung hätten finden können. Der Widerstand, dem sie begegneten, war ziemlich schwach. Die Kanonenboote gaben nur wenige wirkungslose Schüsse ab. Das Lager wurde von den Kaiserlichen verlassen und von den Revolutionären besetzt, die Zelte und sechs Wagonladungen Gepäck und Munition vorfinden, die von den Kaiserlichen zurückgelassen worden waren. Die Regierungstruppen zogen sich sieben Meilen von dem alten Lager zurück, in dem sich jetzt die Revolutionäre verchanzt haben. Die Kanonenboote sind flußabwärts gefahren.

Die Blätter melden: Der britische Konsul in Kiang telegraphierte nach Schanghai, daß sich die Revolutionäre behaupten und einen großen Sieg bei Hankau errungen haben. Sie hätten die Flußstation eingenommen. Alle chinesischen Kriegsschiffe hätten sich zurückgezogen, mit Ausnahme eines Kreuzers, der sich den Revolutionären angeschlossen habe.

Das Reutersche Bureau meldet aus Hankau, des 19. Oktober, 3½ Uhr nachmittags, daß die Revolutionäre siegreich waren.

Die „liegenden Italiener“

Die italienischen Blätter melden in hochtönenden Redensarten, daß die Italiener einen glänzenden Sieg errungen haben. Sie haben Benghasi und Derna „erobert.“ Wir wollen es unseren Lesern ersparen, diese prahlerischen Siegesnachrichten lesen zu müssen und nur folgendes konstatieren: Benghasi, zu dessen Bekämpfung eine ganze Flotte und ein Landungskorps von 4000 Mann aufgegeben wurden, hat ganze 15 000 Einwohner und die Garnison dürfte aus ein paar Kompanien bestanden haben, die einige Geschütze zur Verfügung hatten. Aber die gewaltige Übermacht der Italiener hielt sich „bewundernswürdig“ und siegte „glänzend“, nachdem die Stadt von der Panzerflotte bombardiert worden. Interessant ist das Eingeständnis, daß die einheimischen Araber neben den Türken ihre Vaterstadt verteidigten. Dafür muß man, nachdem immer von der Freude der Araber, unter italienische Herrschaft zu kommen, geredet worden ist, einen Grund erinnern und findet ihn in der — Sklaverei! Auch nicht übel!

Die Hafenstadt Derna zählt ganze 2000 Einwohner; die Garnison besteht aus einem oder zwei Duzend Soldaten. Um diesen „Waffenplatz“ zu gewinnen, war auch ein respektables Geschwader vorgeschickt worden.

Auf diese „Siege“ können die Italiener nicht besonders stolz sein.

Was man im übrigen von den italienischen Siegesbulletins zu halten hat, dafür ein Beispiel: Vorgefunden konnte man die Siegesbotschaften von der Einnahme des tripolitanischen Hafensortes Homs, einem unbedeutenden Ort, lesen. Nun liegt aber heute die Nachricht des Kriegsberichterstellers der „Times“ vor, die wesentlich anders klingt. Dieser meldet, daß die Italiener eine kleine Expedition nach Homs schickten, die aber dort auf eine türkische Abteilung stieß, welche sofort ein heftiges Feuer auf die Italiener eröffnete. Diese konnten sich nicht halten, sie mußten sogar in ziemlicher Unordnung zurückgehen. Ihr Kommandant war nicht in der Lage, seine Leute landen zu können, sondern er bat um Verstärkungen. Die Italiener sollen auch nicht unbeträchtliche Verluste bei diesem mißglückten Landungsversuche erlitten haben, doch fehlen hierüber nähere Mitteilungen, d. h. es ist den Kriegskorrespondenten nicht möglich, etwas darüber zu erfahren, wie denn überhaupt die Italiener ihre Verluste stets zu verschleiern suchen.

Nach einer Mitteilung des türkischen Kriegsministeriums fand am 16. Oktober in Tripolis ein dritter Nachtkampf gegen die Italiener statt, in welchem diese sechzig tote hatten.

Unsere Annahme, daß die Türken sich auf das Hinterland konzentrieren und dort zu einem großen Gefecht rüsten, trifft zu.

Einem Briefe, den der Deputierte von Benghasi, Jusuf Schevan Bei, nach Konstantinopel sandte, entnimmt der „Osmanische Lloyd“ Mitteilungen, die ankündigen, daß die Italiener bei ihrem Vordringen in das Innere von Benghasi (Khyrenaika) verzweifeltem Widerstand begegnet werden. Der Abgeordnete versichert, daß die aus Regulären und Freiwilligen bestehende türkische Streitmacht des Sandschaks Barka bis zum äußersten Widerstand leisten werde. Die Senussi (eine in Nordafrika stark verbreitete janatitische Sekte) seien in einer Stärke von 14 000 Mann ins Feld gezogen. Sie hätten eine Menge Munition und Lebensmittel mitgebracht. Ihr von dem Scheich der Senussi eingesezierter Führer Muttahir Ullah habe im Orte Haged sein Hauptquartier aufgeschlagen. Der Widerstand werde organisiert und die Scharen der Kämpfer seien mit genügenden Mengen von Munition und Proviant versehen, um dem Widerstand jahrelang aufrecht halten zu können. Außerdem erfolge eine stete Zufuhr von Datteln und Korn aus den Oasen. Als Mittelpunkt des Widerstandes wurde der Ort Kasr Salam gewählt. Eine andere Truppe von Senussi verstärkte die unter Sami Beis Führung gegen Tripolis vordringenden regulären Bataillone. Als Chefs der Senussi treten besonders vier hervor: Scheich Galali, Scheich Naamuddin, Scheich Bechredin und Scheich Iseddin. Fethi Bei und die in seiner Begleitung befindlichen Offiziere haben es übernommen, die Scharen der Senussi für einen wirksameren Angriff einzulernen.

Nach einer weiteren Meldung marschieren der Hauptling des Stammes Fezzan mit 10 000 Mann in der Richtung auf Tripolis, um sich den türkischen Truppen anzuschließen. — Da kann es den italienischen Maulhelden noch recht schlecht ergehen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 21. Oktober.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Septbr. Die Zahl der Geburten betrug 52 (1910: 58), die der Todesfälle 138 (122). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 98 (149). Uneheliche Geburten kamen 28 (29) mal vor. Totgeburten wurden 2 (5) mal registriert.

Die diesjährigen Herbstkontrollversammlungen für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck finden statt: A. In Lübeck, Restaurant „Pöckenhof“ (Burgfeld), 1) Am Montag, dem 6. Novbr. 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1904. 2) Montag, den 6. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1905. 3) Dienstag, den 7. Novbr. 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1906. 4) Dienstag, den 7. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1907. 5) Mittwoch, den 8. Novbr. 1911, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1908. 6) Mittwoch, den 8. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklassen 1909 und 1910 sowie sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie, ferner diejenigen Mannschaften der Infanterie der Jahressklasse 1899, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 eingetreten sind. 7) Donnerstag, dem 9. November 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahressklassen 1904 und 1905. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen-, Luftschiffer- und Kraftfahrtruppen, Trainaufschichtpersonal, Trainschiff, Trainsoldaten, Pferdewärter, Militärkinder, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geistliche, Unter- und Militär- apotheker, Unterveterinäre, Fahnen- und Wappenschmiede, Weisenmachergehilfen, Waffenmeistergehilfen, Unterzahlmeister, Zahlmeisterassistenten, Zeug- und Feuerwerkpersonal, Detonomechaniker und Arbeitsoldaten. 8) Am Donnerstag, dem 9. November 1911, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe vorstehende Erläuterung) der Jahressklassen 1906 und 1907. 9) Am Freitag, dem 10. November 1911, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen (siehe Erläuterung unter Nr. 7) der Jahressklassen 1908, 1909, 1910 und 1911 und vom Jahrgang 1899 diejenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 eingetreten sind; ferner die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen der Spezialwaffen. 10) Am Freitag, dem 10. Novbr. 1911, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Gardemannschaften der Jahressklassen 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910 und 1911, einschließlich der von Gardetruppenteilen zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen. B. In Kurau beim Haupte des Galtwirts Schulz. Am Sonnabend, dem 11. November 1911, vorm. 8.45 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Kurau, Dissa, Krumbek und Walkendorf. C. In Travemünde beim Hotel „Stadt Kiel“, Kurgartenstraße. Am Sonnabend, dem 11. Novbr. 1911, vormittags 10.50 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Travemünde, Brodten, Dummerdorf, Gnevedsdorf, Herrenwyk, Jwendorf, Klück, Pöppendorf, Rönau und Teutendorf. D. In Rakeburg, Vorstadt auf dem Saberge. Am Dienstag, dem 14. November 1911, vormittags 9.30 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Albsfelde, Wehlendorf, Giesendorf, Harnsdorf, und Hollenbeck. E. In Mölln, auf dem Berge neben dem Kirchhof. Am Donnerstag, dem 16. November 1911, vorm. 9.30 Uhr, für die Mannschaften aus der Gemeinde Tramm. F. In Baithorst, beim Gasthaus F. Schubart. Am Freitag, dem 17. November 1911, nachm. 4 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Gr. und Kl. Schrettkaten. G. In Nisse, bei dem Hause des Gemeindevorsetzers Wüst. Am Montag, dem 20. November 1911, mittags 12.30 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Nisse, Rißerau und Boggensee. H. In Rummese, vor dem Hause der Witwe Dohrenhoff. Am Montag, dem 20. November 1911, nachm. 4.15 Uhr, für die Mannschaften aus den Gemeinden Weidendorf, Blankensee, Kronsförde, Dückelsdorf, Krummsee, Moorgarten und Sierstraße. Zu den vorstehend unter B bis H festgesetzten Terminen haben zu erscheinen: Sämtliche Reservisten, die Halbinvaliden, die zur Disposition der Truppenteile Beurlaubten und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen sowie diejenigen Landwehrlente, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1899 in das Heer eingetreten sind. Ausgenommen sind diejenigen Reservisten der Landarmee, welche Schiffsahrt treiben und sämtliche Mannschaften der Marine vom Kontrollplatz Lübeck, da diese an der im Januar stattfindenden Schiffskontrollversammlung teilzunehmen haben. Etwasige Befreiungsgesuche, welchen freis der Militärpass beizufügen ist, sind frühzeitig einzureichen. Nichterscheinen und Gekommen zu einer falschen Kontrollversammlung wird mit Arrest bestraft. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen. Die Jahressklasse, zu der ein Mann gehört, ist unten auf der ersten Seite des Paßdeckels angegeben.

Treppenbeleuchtung. Mit dem Kürzerwerden der Tage stellt sich für den Hausbesitzer auch wieder die Pflicht ein, von beginnender Dunkelheit an die dem allgemeinen Verkehr dienenden Räume des Hauses so zu beleuchten, daß Unglücksfälle zu vermeiden sind. Die Pflicht des Hausbesitzers ist gesetzlich begründet und er haftet dafür, daß ihr auch immer prompt nachgekommen wird. Das gilt selbst für den Fall, wo er vertraglich die Beleuchtungspflicht auf den Mieter übertragen hat, denn das ist nur eine zivilrechtliche Abmachung, während der Hausbesitzer bei unterlassener Sorge für gehörige Beleuchtung der Verkehrsräume seines Hauses auch strafrechtlich belangt werden kann. Auf jeden Fall haftet er denen, die etwa durch seine Schuld zu Schaden kommen, für den vollen Betrag desselben, wie viele Reichsgerichtsentscheidungen beweisen. Darum sei jeder Hausbesitzer vorsichtig und beauftrage mit der Beforgung der Beleuchtung nur ihm als durchaus zuverlässig bekannte Personen, kontrolliere diese auch des öfteren, ob sie ihre Pflicht pünktlich tun. Die Mieter haben ein Recht, die Beleuchtung der Treppen und Flure während des Verkehrs im Hause zu fordern.

Verwelktes Laub. Trotz des heißen Sommers hielten die Bäume heuer ziemlich lange ihr Laub. Der Wassermangel ließ es wohl früh gelben, aber der Wind machte es gnädig und schob die Kahlgelb der Äste und Zweige hinaus. Die letzten Tage aber gestalteten das Bild der Natur zusehends um. Regen und Sturm mühten sich um die Wette, das große Zerstückungsmerk zu beginnen. Und zum großen Teil mit Erfolg. In den öffentlichen Anlagen und in den baumbestandenen Straßenzügen hat das große Rascheln begonnen, das unablässig den Fuß des Schreitenden umrauscht. Gelb und braun und rot schwebt es von den Zweigen, denen der rauhe Herbsthauch das weiße

Blattwerk abnimmt, daß sie schwarz und fröhlich das kahle Rotengewir gegen den wolkenverhangenen Oktoberhimmel strecken.

Wo aber noch zäh sich das Laub an die Zweige klammert, da hat der Herbst gerade jetzt seine flammendsten Farben aufgesteckt. Rot haben sich die Blätter des milden Weins an den Giebeln der Vorstadthäuser gerollt. Birne und Ahorn leuchten in einem schwebeligen Gelb. Die dunkelgebräunten Blätter der Buche haben einen stumpfen Sonnenglanz. Ein paar Felsenstraucharten fallen durch das verwachsene Grün ihrer kleinen, hellgerandeten Blätter auf. Die weißen Stämme der Birken leuchten in einem sahlen Schimmer. Und wo noch ein paar Blumen im Garten klimmern, da tupfen ihre blassen Farben die nachtreifgebräunten, starren Grashalme des Kalenteppichs.

Aber über Blumen und Palme hinfort streut der Herbstfium das weiße Laub. Mit glänzigen, vollen Händen schüttelt er und weht es wieder auf. Und immer dichter und höher wird der Teppich des verwelkten Laubes. Nur ein paar weitere Nachtfröste noch, gefolgt von rieselndem Herbstregen und sauchenden Windstößen, dann ist es auch um die letzte Herrlichkeit getan. Dann verfließen die Farben des Herbstes zusehends und kalt und winterlich steht die Welt.

Zeichen der Zeit. 14 Personen, darunter 3 Frauen, leisteten im September den 20. Offenbarungseid.

Handelsregister. Am 20. Oktober 1911 ist eingetragen: 1. bei der Firma Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Lubeca“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 15. Oktober 1911 ist die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Zu Liquidatoren sind die bisherigen Geschäftsführer Kaufmann und Konsul C. F. R. Dimpfer und Kaufmann J. Chr. Sommer, beide in Lübeck bestellt; 2. bei der Firma H. Kolbow jr., Lübeck: Der Paula J. W. C. Kolbow in Lübeck ist Procura erteilt; 3. bei der Firma Wilhelm Wageler, Lübeck: Die Firma ist erloschen. 4. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Steder, Lübeck: Die Gesellschaft ist mit dem Tode des Gesellschafters J. F. Steder in Lübeck am 22. Juli 1911 aufgelöst. Das Geschäft nebst der Firma ist zunächst von der Witwe A. F. Steder geb. Sommer in Lübeck fortgeführt. Sodann ist die Witwe C. D. M. Steder geb. Tatie in Lübeck in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Die dadurch neu begründete offene Handelsgesellschaft hat am 22. Juli 1911 begonnen.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 1. bis 7. Oktober sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern und aufs Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in Altona 1,87, Berlin 14,4, Bremen 12,2, Charlottenburg 21,0, Köln 14,9, Erfurt 18,0, Frankfurt a. M. 11,3, Hamburg 15,3, Hannover 16,5, Kiel 13,1, Königsberg i. Pr. 16,8, Lübeck 17,4, München 15,5, Stettin 14,1, Wiesbaden 14,4.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchverkäufern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Die Vortragsferien der Oberschulbehörde beginnen Donnerstag, den 26. Oktober, abends 9 Uhr, in der Aula des Johanneums mit den Vorlesungen des Direktors des staatswissenschaftlichen Instituts der Universität Kiel Prof. Dr. Harms über „Die neue volks- und weltwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands“. Alles Nähere, auch über die späteren Serien, ergeben die öffentlichen Anschläge und Annoncen in den Tagesblättern. — Karten zu diesen Vorträgen sind zum Preise von 1 Mk. für je 4 Vorträge, im Arbeitersekretariat erhältlich.

pb. Unter schwerem Verdacht. Festgenommen wurde ein hier wohnhafter Bauunternehmer auf Grund einer Requisition der Großh. Staatsanwaltschaft in Rostock wegen Mordversuchs.

pb. Wo ist der Wagen? Am Sonnabend, dem 14. ds. Mts. ist in der Marlesgrube ein zweirädriger Handwagen, ohne Seitenbreiter, abhanden gekommen. Vermutlich ist er von einem Unbefugten benutzt und irgendwo hingestellt worden. Die Räder des Wagens sind rotbraun gezeichnet.

pb. Diebstahl. Aus einem Hause im Kleinen Schragen wurde in der Nacht vom 19./20. d. M. ein Damenportemonnaie mit 37 Mk. und eine vergoldete Damenhandschloß gestohlen. Der Dieb ist durch ein offenes Fenster in das Haus gelangt. Die Handschloß ist dreireihig und trägt als Anhängsel ein Kreuz.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 20. d. Mts. gegen 7 1/2 Uhr abends ist vom Flur des Eckhauses Holstenstraße-Schüsselbuden ein Fahrrad ohne Marke, mit schwarzem Gestell, vernickelten Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittsbremse, Radlaufglocke, und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 15 693 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Sonnabend gelangt bei kleinen Preisen Karl Schönherr's erfolgreiches Schauspiel „Glaube und Heimat“ zum letzten Male zur Aufführung. — Morgen Sonntag geht Richard Wagner's romantische Oper „Der fliegende Holländer“ in folgender Besetzung in Szene: Holländer — Herr Langefeld; Senta — Frau Kruse-Tiburtius; Erik — Herr Biskori; Daland — Herr Fabian; Mary — Frä. Arren. Steuermann — Herr Hofmann. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Beyer, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. — Am Montag kommt Shakespeares „Romeo und Julia“ zur Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag, abends 8 Uhr, geht der stets stürmische Heiterkeit erregende Schwank „Meyers“ von Friedmann-Frederich in Szene. Am Dienstag, abends 8 Uhr, findet ein einmaliges Gastspiel von Bozena Bradsky, der berühmten Bretel-Diva, statt. Die Künstlerin wird Vorträge und Lieder von D. von Villencron, Rubeamus, Fontane, Schönsfeld, Oscar Straus, Bogumil Zepher, R. Flynn, Leo Fall, Mannsstadt etc. bringen. Dazu gelangt die einaktige Tragikomödie „Die Hasenpote“ von Hans Brenner zur Aufführung. Das Gastspiel findet bei gewöhnlichen Preisen statt. Duzendkarten haben keine Gültigkeit.

Travemünde. Mit den bevorstehenden Wahlen gerätschelt wird sich eine am morgigen Sonntag, nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gebert stattfindende Volksversammlung beschäftigen. Das Referat hat Bürgerchaftsmittglied Genosse Stellung-Lübeck übernommen. Wir erlauben unsere Genossen, für einen zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Hamburg. Ein Schauerroman aus dem Leben. Unter der Aufschrift, daß mit Morbabsichten gegen seine ihm erst im August d. J. in London angetraute Gattin getragen zu haben und seinen Chauffeur zur Beihilfe beim Mord verleitet zu haben, wurde am Donnerstagabend der 21 (!) Jahre alte Bankier Egon Müller aus der Schlüterstraße verhaftet. Müller, der sein Geschäftskontor in der „Kaisergalerie“ Große Bleichen 27, hat, und dessen Bankfirma Adolf F. Müller lautet, war seit Juli 1910 selbstständig. Nachdem er im August d. J. seine Frau heiratete, verschickte er ihr Leben bei drei verschiedenen Versicherungen zu je 100 000 Mk., also zusammen 300 000 Mk. Nach der Aussage seines Chauffeurs hat M. sich mit der Absicht getragen, in den Besitz der 300 000 Mk. zu gelangen. Er soll den Chauffeur verleitet haben, ihm bei der Ermordung seiner Frau behilflich zu sein, wofür er ihm 10 000 Mk. versprochen habe. Der Chauffeur, der die Polizei von dem Plane des Bankiers in Kenntnis setzte, erklärt, daß M. seine Frau mit zu einer Barfassenfahrt nehmen und sie in seiner Gegenwart in die Elbe werfen und dann so lange unter Wasser halten wollte, bis der Tod eingetreten sei. Zu diesem Zwecke hatte M. bereits eine alte Barfasse für 950 Mk. gekauft, die er bei der Landungsbrücke in Blankenese vertäut hatte. Der Plan des Bankiers, mit seinem Auto unter Führung des Chauffeurs seine Frau zu der Landungsbrücke in Blankenese zu fahren, wurde zu Wasser, da ein Defekt an dem Automobil eintrat und Müller gezwungen war, mit einem Mietauto zu fahren. Inzwischen hatten sich die beiden Kriminalkommissare Harber und Bape nach Blankenese begeben, wo man die dort vertäute Barfasse fand. Gegen 6 Uhr kam das Auto mit den Ehegatten an. M. wurde sofort von den beiden Beamten ergriffen und verhaftet. In seinem Besitz fand man einen haarigen Dolch und einen mit sechs scharfen Patronen geladenen Revolver. Das Ehepaar wurde sofort mit dem Auto zum Hamburger Stadthaus gefahren, wo M. zunächst einem Verhör unterzogen wurde. Er bestreitet jede schlechte Absicht. Der junge Bankier, der von seinen Angehörigen als ein an Größenvahn leidender Mann geschilbert wird, sah, als er vor den Beamten seine Angaben machte, wie ein Vierzigjähriger aus. Er ist offenbar geisteskrank.

Kiel. Kollision im Hafen. Das Linienschiff „Hessen“ kollidierte Donnerstagabend 10 Uhr, als es von See kommend in der Wiser Bucht an seine Boje gehen wollte, mit dem Bremer Dampfer „Argo“, der mit Borjellanderde nach St. Petersburg bestimmt, den Kaiser-Wilhelm-Kanal passiert hatte. Das Linienschiff trug auf Steuerbordbug ein zwei Meter langes Eck in der Außenhaut davon. Da jedoch das Kommando „Schotten dicht“ schnell gegeben wurde, konnte verhindert werden, daß das vordere Magazin ganz voll Wasser lief. Schwere Havarie erlitt der Dampfer „Argo“, dessen Vorderreifen mehrere Male gebrochen, während der Bug bis zum Kollisionschott eingedrückt wurde.

Kiel. Dammeriß. Im Kaiser-Wilhelm-Kanal fand gestern morgen neun Uhr beim Bau der neuen Holtenauer Hochbrücke auf der Südwestseite ein erheblicher Dammeriß statt. Es gerieten 10 000 Kubikmeter Boden ins Rutschen. Die Brücke selbst und die Widerlager sind durch den Erdrutsch nicht gefährdet, doch ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß dadurch die Betriebseröffnung eine Verzögerung erfährt.

Lüneburg. Ein Großfeuer wütete in Reinhorf. Es kam gegen 12 1/2 Uhr nachts in einem Häuslingshause des Gastwirts Kabeleer zum Ausbruch und sprang dann auf ein Häuslingshaus nebst Stallgebäude und Scheune des Hofbesizers Heinrich Kabeleer über. Alle vier Gebäude brannten nieder. Sie waren sämtlich mit Stroh gedeckt. Infolge des schnellen Umsichgreifens des Feuers konnte nur wenig gerettet werden; 4 Ziegen und 60 Gähner kamen in den Flammen um.

Helgoland. Der Streik der Zimmerer bei der Firma Hagemann, der zweieinhalb Monate dauerte, ist inita Erfolg beendet. Während der ganzen Dauer des Streiks hat die Firma gewaltige Anstrengungen gemacht, Ersatz zu schaffen. Von den 51 Zimmerern, die die Arbeit eingestellt hatten, waren nur drei, und zwar angehende Lehrlinge, arbeitswillig geworden. Am Ende des Kampfes verfügte die Firma nur über ein Duzend Hausreißer. Die Firma Hagemann hat jetzt, der besseren Einsicht folgend, und in Anbetracht der sehr guten Baubonjunktur, eine Verständigung mit der Organisation der Zimmerer vorgezogen und den Tarif von Helgoland für Einschaler und Zimmerer, die die gleichen Löhne erhalten, unterschriftlich anerkannt. Der Lohn, der im Frühjahr 1911 von 65 auf 70 Pfg. erhöht ist, steigt jetzt auf 78 und erhöht sich während der Vertragszeit in weiteren Staffeln auf 80 Pfg. pro Stunde. Der Vertrag gilt, wie allgemein, auch auf Helgoland, bis zum 1. April 1913.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 22. bis 29. Oktober 1911.

Neues Stadttheater. Sonntag, den 22. Oktober, abends: „Der fliegende Holländer“. Romantische Oper von Rich. Wagner. — Montag, den 23. Oktober: „Romeo und Julia“. Tragödie von Shakespeare. — Dienstag, den 24. Oktober: „Carmen“. Große Oper von Bizet. — Mittwoch, den 25. Oktober: Gastspiel Grete Braun vom Hamburger Operettentheater. „Der Bettelstudent“. Operette von Carl Millöcker. — Donnerstag, 26. Oktober: Gastspiel Fina Widhalm vom Stadttheater in Köln. „Ibá“. Große Oper von G. Verdi. — Freitag, den 27. Oktober: „Lantaris der Marr.“ Drama von Ernst Hart. — Sonnabend, den 28. Oktober: „Zar und Zimmermann“. Komische Oper von Lozking. — Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags: „Die Dollarprinzessin“. Operette von Leo Fall. — Abends: „Margarethe (Faust)“. Große Oper von Ch. Gounod.

Stadthallen-Theater. Sonntag, den 22. Oktober: „Meyers“. Schwank von Friedmann-Frederich. — Dienstag, den 24. Oktober: Gastspiel Bozena Bradsky. Lieber-Vorträge. Vorher: „Die Hasenpote“. Tragikomödie von Brenner. — Sonntag, den 29. Oktober: „Die Welt ohne Männer“. Schwank von Hoff und Engel.

In Vorbereitung: „Die weiße Dame“. Oper von Boieldieu. „Das Musikantenmädchen“. Operette von Georg Farno.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Friedrich Stellung. Verleger: E. H. Schömann, Druck: F. H. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Spezial-Betten-Abteilung.

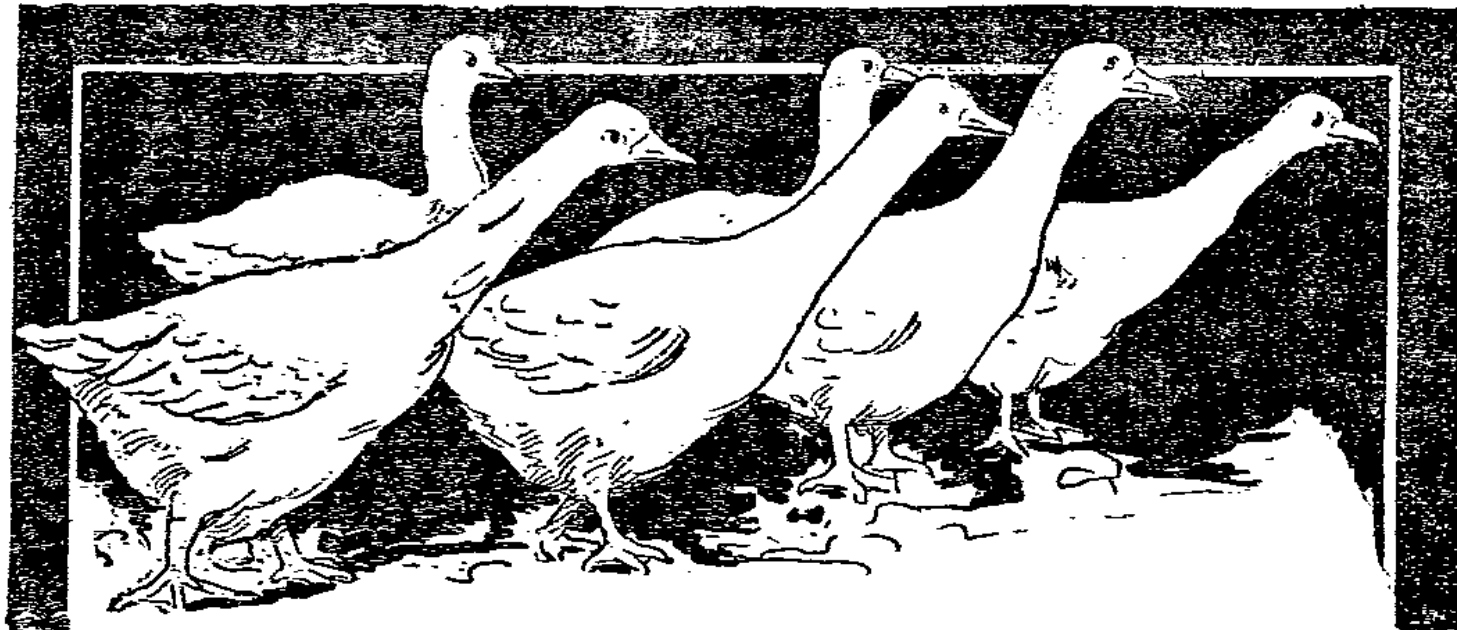
Meine fertig gefüllten Betten sind aus bestem Inlett, zweifach genäht und mit doppelt gereinigten staub- und geruchfreien Federn resp. Daunen reichlich gefüllt. Das Füllen geschieht auf Wunsch im Beisein der Kundschaft in meinem Federsaal.

Bett I	Bett II	Bett III	Bett IV	Bett V	Bett VI	Bett VII	Bett VIII
Oberbett . . 5.95	Oberbett . 10.00	Oberbett . 13.75	Oberbett . 15.40	Oberbett . 17.75	Oberbett . 22.00	Oberbett . 25.00	Oberbett . 28.50
Unterbett . . 5.85	Unterbett . 10.50	Unterbett . 12.25	Unterbett . 14.75	Unterbett . 16.00	Unterbett . 18.75	Unterbett . 21.50	Unterbett . 26.50
Pfühl 2.35	Pfühl 4.00	Pfühl 5.15	Pfühl 5.50	Pfühl 6.75	Pfühl 8.50	Pfühl 10.75	Pfühl 12.25
Kissen 1.50	Kissen 2.40	Kissen 3.00	Kissen 3.35	Kissen 4.75	Kissen 5.50	Kissen 7.75	Kissen 9.75
komplett 15⁶⁵ M.	komplett 26⁹⁰ M.	komplett 34¹⁵ M.	komplett 39⁰⁰ M.	komplett 45²⁵ M.	komplett 54⁷⁵ M.	komplett 65⁰⁰ M.	komplett 77⁰⁰ M.

LÜBECK
Breitestraße

Rudolph Karstadt

LÜBECK
Breitestraße



Bettfedern und Daunen.

Hervorragend füllkräftig und doppelt gereinigt.

	Plund		Plund
Graue Wildfedern . 1 Pfd.	50 M.	Graue Daunen	280 M.
Graue Wildfedern . 2 Pfd.	75 M.	Ia. weisse Rupffedern . .	300 M.
Graue Federn	110 M.	Weisse Halddaunen . . .	375 M.
Gute graue Federn	170 M.	Extra gute graue Daunen	425 M.
Entenhalddaunen	180 M.	Prima weisse Halddaunen	475 M.
Ia. graue Rupffedern . . .	220 M.	Ia. Ia. weisse Halddaunen	525 M.
Ia. halbweisse Rupffedern	275 M.	Extra gute weisse Daunen	750 M.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Lübecker Straßenbahn.

Die Rakeburger-Allee-Linie, welche die Nr. 4 führt, wird am **Mittwoch, dem 18. Oktober cr.**

in Betrieb genommen und zwar dergestalt, daß die Wagen der Schwartzauer-Allee-Linie beim Kohlmarkt direkt durchfahren, wodurch eine direkte Verbindung zwischen dem Mühlentor und dem Bahnhofe hergestellt wird.

Abfahrtszeiten:

Ab Rakeburger Allee:	Ab Schwartzauer Allee:
6.45 6.55 7.05 7.15 7.25 7.35	7.07 7.17 7.27 7.37 7.47 7.57
7.45 usw. alle 10 Minuten bis 10.55 und Spätwagen 11.25.	8.07 usw. alle 10 Minuten bis 11.17 und Spätwagen 11.57 (nur bis Kohlmarkt).

Lübeck, den 16. Oktober 1911.

Die Betriebsverwaltung.

Herren-Hüte v. 2.25 bis 9.00 M.
Kragenschoner . . . v. 75 M. bis 2.50 M.
Wint.-Handschuhe v. 75 M. bis 3.00 M.

Unterwäsche.

Ernst Wehde,

Beckergrube 33.

Kauft man von Norden, Süden, Osten, Westen es bleiben

Duves Betten

doch die besten.

L. Duve, Grosse Burgstrasse 32.

Einmaliger großer Gelegenheitskauf für nußbaumfarbige

Walzen-3-Sprossen-Rohrstühle aus Buchenholz, sehr stark, Lieferung in etwa 14 Tagen — Ende dieses Monats — nach Eintreffen der großen Doppelladung und soweit Vorrat, ca. 80 Duzend. Großkonsumenten, Möbelgeschäfte, Hotels, Restaurateure und Pensionshäuser werden besonders aufmerksam gemacht.

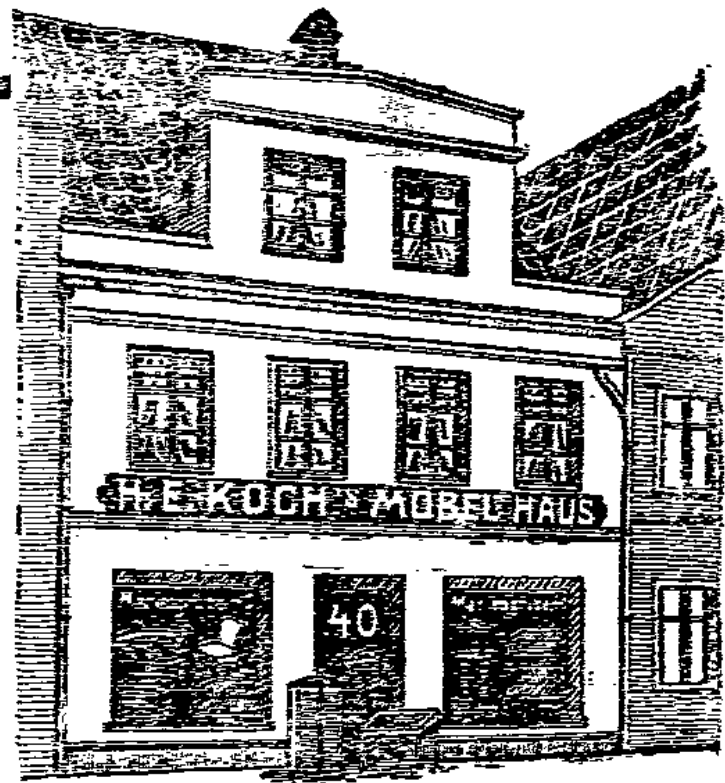
Preise ab Waggon 42 Mark per Duzend }
" frei Haus 44 " " } netto Kasse.
" per Stück 4 " " } sonst 5 Mark }

Bei Abnahme von 3 bis 5 Duzend 5 Prozent und bis 10 Duzend 7 1/2 Prozent billiger.

Probestuhl steht zur gefl. Ansicht im Hauptgeschäftshaus Marlesgrube 45 von

H. E. Kochs Möbelhäuser

Möbel-Kataloge gratis und franco.



Telephon 1350.

H. E. Kochs Möbelhäuser, Lübeck, Hauptgeschäftshaus Marlesgrube 45, sind für vortheilhafte und prompte Möbelleistungen und besonders gute Ausstattungen als am leistungsfähigsten bekannt und zwar nicht für Lübeck allein, sondern auch für nähere und weitere Umgebung in Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen u. i. w. (Lieferung mit eigenem Gespann frei.) „Ganze Ausstattungen“ sind zu allen gewünschten Preisen vorrätig und sofort lieferbar.

„Schlafzimmer“ sind in „echt“ u. „gemalt“ in sehr großer Auswahl vorrätig u. bilden eine Spezialität und besondere Abteilung des Geschäftes. „Echt eichen Schlafzimmer“ mit Glas und Marmor z. B. können Sie schon zu 250 M. kaufen; Mahagoni II. geölt u. poliert, welche sehr bevorzugt werden, kosten nur 350 M. und 370 M. komplett.

„Gemalte Wohnzimmer“ in echt Eichen und Nußbaum mit Büffets, zugleich als Speisezimmer zu verwenden, werden heute aus praktischen Gründen am liebsten genommen, diese sind zu allen Preisen vorrätig und sofort lieferbar.

„Stühle! Stühle! Stühle!“ sind kürzlich 2 große Doppeladungen eingegangen und für jedes Zimmer passend vorrätig. Besonders wertvoll sind die vielen Sorten Eichen Stühle für Speisezimmer, Herrenzimmer, aber auch für Diele, Küche zc. zu allen möglichen Preisen. Klubsessel! Salonsessel! Sessel zc.

Teuerung! Kauft Seefische!

Schellfische Pfd. 20 Pfg.
Kabeljau - 25 -

frisch eingetroffen.

Nicolai Jäger jun.

Fischstraße 31.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 247.

Sonnabend, den 21. Oktober 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 20. Oktober 1911.

193. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Deibrück.

Die erste Beratung des Entwurfs eines

Versicherungsgesetzes für Privatangestellte

wird fortgesetzt.

Trimborn (Z.): Der Entwurf ist die Krönung und Ergänzung unserer ganzen Versicherungsgesetzgebung, seine Verabschiedung ist die wichtigste Aufgabe dieser Session und wir werden alles tun, ihn zur Verabschiedung zu bringen. Nicht weniger als zwei Millionen Angestellte sollen in die Versicherung einbezogen werden. Somit stellt dieser Entwurf ein Stück Mittelstandspolitik dar. Der neue Mittelstand verdient aber auch diese Fürsorge, stellt er doch die Unterführer in Handel, Industrie und Landwirtschaft. Im großen und ganzen werden wir das Gesetz so annehmen müssen, wie es vorliegt; einschneidende Änderungen werden wir nicht daran vornehmen können. Wir beantragen, die Vorlage der Kommission zu überweisen, die die Reichsversicherungsordnung beraten hat. Parteipolitische Gesichtspunkte sollten bei diesem Gesetz nicht in den Vordergrund geschoben werden, um die Verabschiedung des Gesetzes in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu gefährden. (Bravo! im Zentrum.)

Fehr, v. Richtigofen (K.): Wir sind uns der großen Bedeutung des Entwurfs bewusst; es werden damit neue Bahnen beschritten. Im allgemeinen bin ich mit dem Vorredner einverstanden. Redner geht auf Einzelheiten der Vorlage ein, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich. Dem Antrag auf Beratung des Gesetzes in der Reichsversicherungsordnungskommission können wir uns anschließen.

Schmidt-Berlin (SD.): Der Entwurf hat mehr Gegner gefunden, als man ursprünglich annehmen durfte. Und unter den Gegnern befinden sich recht bedeutungsvolle und einflussreiche, die auch einen üblen Einfluß auf die Verhandlungen der Kommission für die Reichsversicherungsordnung ausübten; ich kann daher die Befürchtung nicht unterdrücken, daß auch jetzt wieder dieser üble Einfluß sich geltend machen könnte. Doch hoffe ich, daß die prinzipielle Gegnerchaft nicht durchdringen wird, sondern daß die Wünsche der Privatangestellten mehr Berücksichtigung finden werden und die Vorlage entsprechend geändert wird. Man hofft durch die besonderen Einrichtungen dieser Versicherung die Privatangestellten der Sozialdemokratie zu entstehen. Eine uns zugegangene Denkschrift des Zentralausschusses der Prinzipalverbände sagt dazu, daß der Entwurf nur Enttäuschung und Verbitterung hervorrufen wird und daß weite Kreise der Privatangestellten dadurch auch politisch verärgert würden. Ich halte diese Meinung nicht für ganz berechtigt, denn ich teile nicht die Ansicht der beiden Vorredner, daß der soziale Ausschuß, der Hauptausschuß, mit seinen Vorschlägen sehr weit gegangen ist; ich glaube vielmehr, er hat sich große Reserve aufgelegt und nur das mindeste gefordert, was gefordert werden muß. Es ist mir aber gleichgültig, aus welchen Gründen diese Vorlage in den Reichstag gekommen ist, ob etwa aus politischen Gründen in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, um der Sozialdemokratie das Wasser etwas abzugraben. Für mich steht in dieser Frage die Sache obenan und der Wunsch, daß aus der Vorlage etwas wird, was den Wünschen der Angestellten entspricht. (Zustimmung b. d. Soz.) Wie die erwähnte Denkschrift der Prinzipale von einem gewissen Verärgertsein der Beamten spricht, so stellt auch die deutsche „Industriebeamtenzeitung“ in der Nummer vom 19. Mai d. J. bei der Besprechung der Reichsversicherungsordnung fest, daß an der Ablehnung aller Forderungen der Angestellten alle Parteien schuld seien mit Ausnahme der Sozialdemokratie und stellenweise der Fortschrittlichen Volkspartei; die technischen Angestellten müßten die Abgeordneten zur Verantwortung ziehen; die Mehrheitsparteien hätten es nicht für nötig gehalten, die Gründe ihres Verhaltens anzugeben und damit der Gesamtheit der Privatangestellten eine unerhörte Beleidigung zugefügt; wenn sie bei den Wahlen um die Stimmen der Angestellten buhlen, so müssen diese ihnen mit aller Deutlichkeit sagen, daß die Angestellten sich ihrer Bedeutung bewußt seien und eine anständige Behandlung verlangten. Auch der Bund der technisch-industriellen Beamten hat die Stellungnahme unserer Partei bei der Reichsversicherungsordnung gewürdigt und unsere Tätigkeit anerkannt. Herr Trimborn sagte, es handle sich hier um den neuen Mittelstand. Es war mir interessant, daß der neue Mittelstandsverband, der in diesem Jahre in Dresden gegründet wurde, diesen neuen Mittelstand ausdrücklich von der Aufnahme ausgeschlossen hat. Charakteristisch ist die dort gefallene Äußerung: die wichtigste Forderung des Mittelstandes ist: Schluß mit der frankmachenden Sozialpolitik. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich verweise auch auf eine Äußerung der „Wertmeisterzeitung“, des Organs der Wertmeisterorganisation, welches mit Bezug auf den Abgeordneten Pauli-Botsdam sagt: er ist Handwerker und Vertreter reiner Handwerkerinteressen; hoffentlich sieht auch ihn der neue Reichstag nicht wieder. Es scheint also in den Kreisen der Angestellten sich langsam eine Klarheit über die sozialpolitische Stellung der Parteien im Reichstag durchzuräumen. Wenn ich mich zu den Gegnern des Entwurfs wende, so ist beachtenswert, daß der Zentralverband deutscher Industrieller da an erster Stelle rangiert. Er hat auf einmal gefunden, daß es zweckmäßiger sei, die Invalidenversicherung weiter auszubauen; gleichzeitig freut er sich aber, daß der sozialdemokratische Antrag, die Lohnklassen zu erweitern, abgelehnt wurde. Dabei ist diese Erweiterung der Lohnklassen doch die Voraussetzung für die Angliederung der Versicherung der Privatangestellten an die Invalidenversicherung. Danach kann man wohl annehmen, daß es dem Zentralverband angenehm wäre, wenn eine Versicherung der Privatangestellten überhaupt nicht zustande kommt. Gegen die Sonderkasse, die der Entwurf vorsieht, haben sich neben dem Zentralverband auch eine große Zahl von Handelskammern ausgesprochen; ich erinnere nur an die Denkschrift der Arbeitszentrale für Privatbeamtenversicherung. Es wird da ausgeführt, daß durch die Angliederung an die Invalidenversicherung höhere Leistungen zu erzielen seien. Die Grundlagen der Berechnung in der Regierungsvorlage in Bezug auf die Wirkungen der Belastung sind von Dr. Jacobsohn einer eingehenden Kritik unterzogen worden, welche zeigt, daß diese Grundlagen völlig unzureichend sind.

So legt die Vorlage dar, daß in der Lohnklasse bis zu 3000 Mark eine Mehrbelastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von rund 79 Millionen Mark eintrete, wozu noch die Mehrbelastung durch die Einbeziehung der Angestellten bis zu 5000 Mk. Gehalt mit 24 Millionen trete, so daß in Summa durch die Angliederung an die Reichsversicherungsordnung eine Mehrbelastung von 103 Millionen Mark entstehen würde. Dazu kommt die Vorlage aber nur in der durchaus unrichtigen Voraussetzung, daß gar kein Verfall der Beiträge eintreten würde. Weiter beruht die Berechnung auf den Ergebnissen der Kruppischen Betriebskrankenkasse. Mit Recht läßt Dr. Jacobsohn dagegen an, daß die Kruppischen Löhne nicht allgem. als Durchschnittslöhne für Deutschland gelten können. Die Vorlage kommt so zu dem falschen Ergebnis, daß sie in der Lohnklasse von 1500 Mark bis 3000 Mk. eine Zahl von Personen enthält, die um 170 Proz. höher ist, als überhaupt Zensiten in der Einkommensteuer in Deutschland vorhanden sind. Solch schwerer grundlegender Fehler dürfte doch in der Begründung einer Vorlage nicht enthalten sein. Nimmt man das vom Reichsstatistischen Amt für das Jahr 1908 ermittelte Resultat über die Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter zur Grundlage, so sinkt die Mehrbelastung beim Anschluß an die Reichsversicherungsordnung von den 79,2 Millionen der Vorlage auf 8,1 Millionen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Im ganzen berechnet Jacobsohn die Belastung bei der Ausdehnung der Versicherung auf Einkommen bis zu 3000 Mk. auf 36,2 Millionen, bei der Ausdehnung auf die Einkommen bis 5000 Mk. auf 50,5 Millionen. Das ist ein weit günstigerer Abschluß für die finanzielle Grundlage der Erweiterung der Invalidenversicherung gegenüber der übertriebenen Darstellung der Kosten in der Regierungsvorlage. Ferner hat derselbe Kritiker berechnet, daß auch die Verwaltungskosten bei der Angliederung an die Invalidenversicherung nur etwa die Hälfte ausmachen würden von den Verwaltungskosten bei der Sonderkasse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Welch ein unglücklicher Zustand ist es überhaupt, daß, nachdem wir eben eine Reform abgeschlossen haben, die, wenn auch mangelhaft, doch in einigen Punkten eine Zentralisierung und Zusammenfassung der Versicherungseinrichtungen durchgeführt hat, wir nun wieder zu einer Zerplitterung, einer Zerstörung der Einheitlichkeit der ganzen Sozialversicherung mit diesem Gesetz übergehen. Daß die ganze soziale Versicherung einheitlich aufgebaut sein sollte, hat ja auch Graf Wolodowski betont. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ferner vermißt ich in dem Gesetz die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung für solche Angestellte, die nicht dem Versicherungszwang unterstellt sind. Es ist zwar vorgesehen, daß der Bundesrat durch Verordnung einen solchen Versicherungszwang aussprechen kann für Gruppen, die bisher nicht im § 1 genannt sind. Es dürfte sich doch aber sehr empfehlen, wenn die freiwillige Versicherung allen gestattet würde, die sich in ähnlichen Stellungen befinden, wie Privatbeamte, z. B. auch den freien Schriftstellern. Eine sehr üble Einrichtung ist dann die doppelte Versicherung. Wir haben für die Angestellten bis zu 2000 Mk. Einkommen die Zwangsversicherung bei der Invalidenversicherung und auch die Zwangsversicherung in diesem Gesetz. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei ist der Zeitpunkt, von wann an die Leistungen gewährt werden, in beiden Versicherungen verschieden. Sehr zu bemängeln ist ferner die mangelnde Möglichkeit der Fortsetzung der Versicherung. Diese soll erst möglich sein, wenn der Privatangestellte 60 Beiträge bezahlt, also 5 Jahre der Versicherung angehört hat. Mit Recht bemerkte der Wertmeisterverband, daß für seine Berufsgenossen diese Bestimmung von sehr großem Nachteil werden kann, denn es kommt sehr oft vor, daß ein Wertmeister nur eine Zeitlang sich in dieser Stellung befindet, daß er da nicht die Möglichkeit hat, schnell wieder eine ähnliche Anstellung zu finden und genügend 1/2 Jahre Beiträge geleistet hat, so sind seine Beiträge, wenn er nicht wieder einen Wertmeisterposten erlangen kann, vollständig verfallen, er hat nicht die Möglichkeit der freiwilligen Fortleitung, wenn er ein paar Beiträge weniger als 60 geleistet hat, es ist ihm auch nicht möglich, die geleisteten Beiträge zurückzuerlangen. Dazu kommt, daß der Wertmeister, als er vom Arbeiter zum besser entlohnten Angestellten wurde, bei der Reichsversicherungsordnung seine Versicherungspflicht eingebüßt hat. Kehrt er in den Arbeiterberuf zurück, so untersteht er allerdings wieder der Versicherungspflicht, aber er muß dann 4 Jahre lang kleben, um überhaupt ein Anrecht aus der Reichsversicherungsordnung zu haben. Er ist also für eine vorübergehende Zeit, obwohl er andauernd erwerbstätig ist, durch den Wechsel der Versicherung völlig aus allem Versicherungszustand ausgeschlossen. Freilich kann eingewandt werden, er kann nach der Reichsversicherungsordnung freiwillig seine Versicherung fortsetzen. Gewiß, aber wer mit der Arbeiterversicherung zu tun hat, weiß, daß das leider in vielen Fällen nicht geschieht, und die Reichsversicherungsordnung ist so kompliziert, daß die Kenntnis der internen Einrichtungen der Rentenberechnung und der Rechte der Versicherten leider unter den Arbeitern sehr wenig verbreitet ist. Das ist ja auch selbstverständlich bei einem Gesetz mit 1800 Paragraphen. Deshalb haben wir fortgesetzt mit diesen trüben Zuständen zu rechnen, daß die Leute ihren Anspruch verlieren. Durch die Reichsversicherungsordnung ist die Sache noch schlimmer geworden. Früher konnte der Arbeiter, wenn er sein Anrecht verfallen ließ, durch das Kleben von 200 Marken das alte Anrecht wieder aufleben lassen. Das ist heute erschwert. Wer 40 Jahre alt ist, kann jetzt dies Anrecht nur aufleben lassen, wenn er mindestens 500 Marken klebt. Bei 60 Jahren muß er 1000 Marken kleben. Diese Verschlechterung ist insbesondere auf Veranlassung der Konservativen und des Zentrums in die Reichsversicherungsordnung hineingekommen und wird die Wertmeister in Zukunft außerordentlich schädigen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es muß also dafür gesorgt werden, daß erworbene Rechte nicht so leicht verloren gehen. Es geht auch zu weit, daß für die freiwillige Fortsetzung der Versicherung acht Monatsbeiträge notwendig sind. Die Rückzahlung der Beiträge erfolgt nur dann, wenn mindestens 60 Beiträge geleistet sind. Das bedeutet insbesondere für die weiblichen Angestellten eine Härte, weil diese schnell ihren Beruf wechseln. Ich persönlich bin übrigens heute großer Freund der Rückzahlung der Beiträge, sondern halte es für viel besser, wenn auch die kleinsten Anrechte, die durch Beitragszahlung erworben sind, dauernd erhalten werden und wenn auch noch so wenig Rechte daraus für die Zukunft entspringen. Die Rückzahlung der Beiträge ist bei den hohen Beiträgen dieser Versicherung der Privatangestellten äußerst bedenklich. Es kommen sehr schnell Beitragsrückzahlungen von 1000 Mark und darüber

in Betracht und das ist ein großer Anreiz für den Privatangestellten, um sich vielleicht selbständig zu machen oder um eine besondere Notlage abzuwenden, sich die Beiträge zurückzahlen zu lassen. Zwar ist vorgesehen, daß der Betreffende in diesem Falle selbständig werden muß, aber dazu braucht er sich nur für kurze Zeit formell als Socius an einem Geschäft zu beteiligen. Wenn er dann einen Schiffsbruch mit seiner selbständigen Existenz erleidet, so steht er außerhalb aller Ansprüche und muß von neuem mit der Versicherung beginnen. Diese Frage sollte eingehend in der Kommission gewürdigt werden. Außerordentlich gering sind die Leistungen der Versicherung. Nach 10 Jahren wird ein Ruhegehalt von 144 bis 288 Mk. gewährt. Nach 20 Jahren von 288 bis 576 Mk.; die Witwenrente beträgt 57 bis 115 Mk. nach 10 Jahren und nach 30 Jahren 115 bis 230 Mk. Die Waisenrente beträgt nach 10 Jahren in den einzelnen Klassen 3,84 bis 63,84 Mk. Es sollte eigentlich nicht möglich sein, daß ein so minimales Angebot wie eine Jahresrente von 3,84 Mk. in einem solchen Gesetz überhaupt vorkommt. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Sehr beachtenswert sind in dieser Beziehung die Darlegungen der Denkschrift der Zentrale für die Privatbeamtenversicherung. Sehr interessant ist hier ein Vorschlag des Herrn Schönwiese. Er will Zulagsbeiträge bei der Reichsversicherungsordnung und bei der Rentenberechnung verschiedene Bewertung der Versicherungsbeiträge nach dem Alter der Versicherten, und glaubt, auf diese Weise mit niedrigeren Beiträgen in späteren Jahren höhere Renten gewährleisten zu können, als in diesem Gesetz vorgesehen ist. Auch ist in dieser Denkschrift der Vorschlag einer Privatversicherung unter staatlicher Aufsicht ausgearbeitet worden. Es wird empfohlen, die ganze Versicherung unter Beteiligung der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften durchzuführen, die mit zwei Prozent Verwaltungskosten auskommen können, wobei bedeutend höhere Renten vorgesehen sind. Ich kann die Vorschläge nicht nachprüfen, aber sie sind von anerkannt tüchtigen Mathematikern ausgearbeitet. Ich meine doch, daß eine staatliche Versicherung unter allen Umständen mehr leisten müßte als eine private Versicherung, und ich habe den Eindruck, als ob Geheimrat Beckmann mehr Vorsicht bei seinen versicherungstechnischen Berechnungen zu dieser Vorlage hat walten lassen, als nötig und nützlich ist. Von großer Bedeutung ist dann die Frage der Erbschaften, denen wir durchaus ablehnend gegenüberstehen. Unser Standpunkt deckt sich da mit der Stellung aller Privatangestellten. Es gehen zwar den Angestellten in den Erbschaften keine Rechte verloren, aber vom versicherungstechnischen Standpunkt aus ist zweifellos jeder Verlust an Mitgliedern für die staatliche Versicherung ein Nachteil. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch klar, daß die großen Pensionskassen der großen Werke hauptsächlich die günstigsten Risiken für sich nehmen und die ungünstigen auf die staatliche Versicherung abwälzen. Nur die Unternehmer, insbesondere der Zentralverband Deutscher Industrieller, haben sich für die Erbschaften ausgesprochen. Ich hoffe, daß in diesem Falle der Reichstag dem Wunsch der Angestellten und nicht dem der Unternehmer entgegenkommt. Sehr bedenklich ist auch das Vorrecht der Sonderklassen, daß sie nicht dem Instanzenzuge der Arbeiterversicherung unterstellt sind. Das bedeutet, daß die Prüfung der Ansprüche zum Beispiel bei der Frage der Invalidenten, ob der Verlorbene die Wartzeit erfüllt hat, nicht mehr dem geordneten Rechtswege der Versicherung überantwortet ist, sondern von einem Ausschuss erfolgt, der aus Vertretern der Unternehmer und Angestellten besteht. Natürlich wird es unter dem Einfluß des Unternehmens in einer solchen Pensionskasse sehr viel schwieriger sein, den Rechtsanspruch der Arbeiter durchzusetzen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Noch ein paar Worte zur Selbstverwaltung. Die ist hier sehr wenig zu ihrem Recht gekommen. Ein Zuschuß des Reiches oder Staates wird nicht gegeben. Die Lasten tragen die Versicherten, und deshalb sollte ihr Einfluß sich uneingeschränkt geltend machen, nicht aber ein übermäßiger Einfluß der staatlichen Bürokratie, wie ihn der Entwurf vorsieht. Nach der Richtung werden wir versuchen, Änderungen in das Gesetz hineinzubringen. Meine Partei wird sich an den Beratungen beteiligen und sich bemühen, den Wünschen der Privatangestellten Rechnung zu tragen und eine bessere Position für sie in der Kommission herbeizuführen. Ich verkenne nicht, daß einige Verbesserungen in dem Entwurf gegenüber der Reichsversicherungsordnung enthalten sind. Hoffentlich werden diese nicht in der Kommission beseitigt, sondern hoffentlich trägt man den Wünschen der Angestellten Rechnung. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Stresemann (K.): Der Vorredner wies auf das scharfe Urteil des Bundes der technisch-industriellen Beamten über die Reichsversicherungsordnung hin. Die Angestellten sollten beachten, daß man schon damals mit der Mehrbelastung von 200 Millionen rechnete, welche die Versicherung der Privatangestellten erfordern würde. — Die Privatversicherungsanstalten sind naturgemäß Gegner des Entwurfs. Andere Gegner sind Diplom-Ingenieure und Ärzte, die den Versicherungszwang für entwürdigend ansehen. Aber ein Versicherungszwang ohne Reichszuschuß ist für niemand entwürdigend. — Nun hat die Vereinigung der deutschen Lebensversicherungen angeboten, ihre Seite die Versicherung zu übernehmen. Das würde eine völlige Umwälzung des Entwurfs bedeuten. Dazu können wir keine Stellung nehmen; die Gesellschaften kommen mit ihren Vorschlägen zu spät. Sie hätten seit Jahren Zeit gehabt, und vielen von uns wäre es sicher angenehm, wenn wir nicht weiter zu den großen staatlichen Versicherungsanstalten kämen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen und den Volksparteilern.) Gegenüber Stimmen, welche in der Pensionsversicherung der Angestellten ein sozialistisches Experiment sehen, wie Dr. Tille, die ein Aufhören des Verantwortungsfähigkeits fürchten, wie Professor Garnat, muß mit Entschiedenheit betont werden, daß die Entfaltung der freien Persönlichkeit durch diese Pensionsversicherung in keiner Weise unterbunden wird, ebenso wenig wie der freie kaufmännische Wettbewerb. Auch die Befürchtungen der Privatversicherungsanstalten wegen dieses Entwurfs sind unberechtigt; der Versicherungsgedanke wird dadurch vielmehr in Tausende von Familien getragen, wo er bisher noch nicht war. Auch die Befürchtungen, die an die Einführung der Arbeiterversicherung geknüpft wurden, haben sich als hinfällig erwiesen; ich verweise nur auf den Erfolg der Volksversicherung der „Victoria“. Die Vorlage geht bis zur Maximalgrenze von 5000 Mark. Ich halte diese Grenze für richtig, aber nur, weil kein Reichszuschuß vorgesehen ist, denn ich würde es nicht glauben gegenüber andern Volkstreffen verantworten zu können, daß wir Leuten mit Einkommen von 3000 bis 5000

Markt einen Reichszuschuß zu ihrer Rente gewähren. Bei dem Streit um die Form der Versicherung stießen die Weltanschauungen aneinander. Die eine Weltanschauung steht in den Privatangestellten einen aufsteigenden neuen Mittelstand; die andere aber erblickt in ihnen Schichten, die mehr und mehr den Lohnarbeitern ähnlich werden. Die Konsequenz dieser zweitgenannten Anschauung ist die Proklamierung des Klassenkampfes, und wir sehen denn ja auch, daß die dieser Ansicht huldigenden Privatangestellten den Klassenkampf proklamieren. Wir sind selbstredend entschiedene Gegner dieser Klassenkampftheorien. Was nun die Form der Versicherung betrifft, so wissen wir die Gründe wohl zu würdigen, die für die Erweiterung der Invalidenversicherung ins Feld geführt werden; wir sind aber der Ansicht, daß die von der Regierung vorgeschlagene Form entschieden den Vorzug verdient. Durchaus sind wir dafür, daß die bestehenden Werkstätten aufrecht erhalten bleiben. Ihre Aufhebung würde ein verhängnisvoller Fehler sein und würde die Bereitwilligkeit vieler Unternehmer über ihre gesetzliche Verpflichtung hinaus Zuschüsse zu leisten, beseitigen. Bei der Verabschiedung dieser Vorlage sollten alle parteipolitischen Motive und Bestrebungen ausgeschieden. Ob man die Privatangestellten befreiben wird, mag zweifelhaft sein; der Reichstag aber erfüllt eine sozialpolitische Pflicht, wenn er vor seinem Auseinandergehen dies bedeutsame Werk zur Verabschiedung bringt. (Bravo! b. d. Nationalliberalen.)

Dr. Mugdan (Fp.): Auch wir sehen in dem Entwurf eine brauchbare Grundlage der Verhandlungen. Unzweifelhaft sind eine große Reihe Einzelheiten sehr verbesserungsbedürftig; wenn wir aber allzu intensiv mit den Eingaben des Hauptausschusses beschäftigt sind, dann wird, fürchte ich, nichts zustande kommen. Auch wegen seiner Rückwirkung auf die Reichsversicherungsordnung ist diese Vorlage zu begrüßen. Nachdem bei den Privatangestellten die Altersgrenze auf 65 Jahre festgelegt ist, nachdem allen Witwen der Privatbeamten, nicht bloß den erwerbsunfähigen, die Rente zugesprochen ist, wird man, davon bin ich überzeugt, diese Wohlthaten der industriellen Arbeiterschaft auf die Dauer nicht vorenthalten können. Erwägenswert würde es sein, ob man nicht in irgendeiner Form die selbständigen Handwerker an den Wohlthaten der Privatbeamtenversicherung beteiligen kann, zumal das so gern mit seiner Mittelstandsfreundlichkeit prunkende Zentrum die Handwerksmeister bei der Reichsversicherungsordnung mit dem mageren Brocken der Selbstversicherung abgessigt hat. Redner wendet sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den Einzelheiten der Vorlage zu. Die Grenze von 5000 Mk. scheint angemessen. Die Einbeziehung der Assistenzärzte dürfte sich nicht empfehlen, da die wenigsten von ihnen in die Lage kommen dürften, von den Wohlthaten der Versicherung Gebrauch zu machen. Es ist nicht entwürdigend, einer Versicherung unterstellt zu werden; aber es ist unangenehm, Geld zu zahlen für etwas, wovon man nichts hat. (Weiterer.) Sehr bedauerlich ist, daß die Vorlage keine Beteiligung der Frauen an der Rechtsprechung kennt. (Sehr wahr! links.) Sehr schwierig ist die Frage, wer denn eigentlich die Kosten trägt. Unzweifelhaft ist es, daß die Kosten der gesamten sozialen Versicherung zum Teil auch bei der Preissteigerung fast aller Gegenstände ihre Rolle spielt. Ebenso unzweifelhaft aber ist, daß die soziale Fürsorge sich bezahlt macht, daß sie die Lichtigkeit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter und Angestellten der Industrie und des Handels steigert. Daher erwarten wir auch von dieser neuen Versicherung segensreiche Wirkungen für unser ganzes Wirtschaftsleben und werden uns daher an der Verabschiedung dieser Vorlage mit allem Eifer beteiligen. (Lebhafter Beifall, links.)

Linz (Rp.): Wir danken der Regierung für die Einbringung dieses Gesetzesentwurfes. Trotz der zum Teil sehr bemerkenswerten Einwürfe von verschiedenen Seiten wird unsere Fraktion für die Vorlage stimmen, weil sie aus Gründen ausgleichender sozialer Gerechtigkeit dafür ist, daß auch die Privatangestellten an den Wohlthaten der sozialen Versicherung teilnehmen. Das Gesetz enthält eine ganze Reihe von humanitären Bestimmungen wie z. B. die Einführung des Begriffs der Berufsinvaldität. Die Frage der Sonderklasse ist durch die Annahme der Reichsversicherungsordnung erledigt. Nach dem scharfen Widerspruch, den die Sonderklasse aber auch heute noch seitens des Abgeordneten Schmidt gefunden hat, wird die Regierung in der Kommission ihre Gründe für die Sonderklasse zweifellos nochmals eingehend darlegen. Daß in der Möglichkeit der Rückzahlung eines Teiles der Beiträge eine große Befreiung für die Angestellten liegt, ist zuzugeden. Für eine Auflösung aller Klassenklassen, die von einzelnen Unternehmern aus sozialem Verständnis heraus gegründet sind, sind wir nicht zu haben. Wir sind aber damit einverstanden, daß auch die Klassen der Berufsorganisationen bestehen bleiben.

Korstanty (Fp.) ist mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden.
Kraab (A.): Der Widerstand eines Teils des Mittelstandes gegen diese Vorlage, den der Abg. Schmidt erwähnte, ist erklärlich angesichts der großen Belastung des Mittelstandes durch die soziale Versicherung. Aber wegen des sozialen Grundgedankens des Gesetzes ist der Entwurf zu begrüßen und wir werden gern an seiner Fertigstellung mitarbeiten.
Damit schließt die Beratung.
Der Entwurf geht an die Versicherungsordnungskommission.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. (Gez. über den Sozialgerichtshof und Gesetz über die Ausgabe kleiner Aktien.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Mainzer Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Handen seither unter Arbeitsbedingungen, wie sie wohl nirgends in Deutschland schlechter sind. Bei 10stündiger Arbeitszeit wurde ein Lohn von 40 Pfg. an selbständige Monteur gezahlt. Eine Lohnbewegung konnte nicht angebahnt werden, da die erst seit Frühjahr bestehende Organisation noch zu schwach war. Verhandlungen führten zu dem Resultat, daß Siemens-Schuckert-Werke Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft für Überstunden, Nachstunden und Sonntagsarbeit einen Zuschlag von 25-50 Proz. bewilligten. Eine Montagezulage soll in Höhe des vierfachen Betrages gezahlt werden. Nach einigen Schwierigkeiten entschlossen sich auch die kleineren Geschäfte zu den gleichen Zugeständnissen.
Wie die Scharfmacher im Baugewerbe ihren Wehrkampf führen. Als es den Scharfmachern im Baugewerbe mit der Ausbesserung im vergangenen Jahre nicht gelungen war, ihr heiligstes Ziel zu erreichen, schritten sie zur Gründung ihres berühmtesten Wehrbundes, mit dem sie nun das goldene Zeitalter der unbeschränkten Selbstbestimmung herbeizuführen hoffen. Bei der Ausbesserung der Mittel sind die Herren von wenig Skrupeln geplagt. Sie sind bereit, nach Möglichkeit wenig in den eigenen Beutel zu stecken, und sie haben sich als wenig widerstandsfähige Leute die - Baumaterialienlieferanten ausgesucht, wie

folgendes Schreiben zeigt, das der in Leipzig erscheinende "Baumaterialien-Markt" veröffentlicht. Das Schreiben lautet:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dippoldiswalde u. U.
An die Herren Baumaterialienlieferanten!
Wir beehren uns, Ihnen ergebenst anzuzeigen, daß der von unserer Hauptversammlung vom 6. April a. e. genehmigte, mit den Lieferanten von Baumaterialien abzuschließende Vertrag am 1. Oktober a. e. in Kraft tritt.
Nach dem Vertrage haben die Lieferanten zum Wehrschuß des Deutschen Arbeitgeberbundes insofern beizutragen, als sie beim Versenden der Rechnungen an unsere Mitglieder auf dieselben dem Rechnungsbetrag entsprechend hohe Marken zu kleben haben, die von unseren Mitgliedern beim Bezahlen entwertet werden.
Der Satz beträgt für je 1000 Mk. für alle Lieferanten, die einem Arbeitgeberverbande nicht angehören, drei Mark. Bei Beträgen unter 1000 Mk. sind die entsprechend niedrigeren Marken zu verwenden. Die Marken im Werte von 5, 10, 20, 30 Pfg., 1, 2, 5, 10 Mk. sind beim Kassieren des Arbeitgeberverbandes für Dippoldiswalde u. Umg. zu entnehmen.
Unsere Mitglieder werden streng darauf achten, daß dieser Einrichtung seitens der Lieferanten voll und ganz entsprochen wird.
Damit Sie nicht den erhöhten Satz von 3 Mk. pro 1000 Mark Rechnungssumme zu entrichten haben, empfehlen wir Ihnen, die Mitgliedschaft in unserem Verbande zu erwerben, und gestatten uns, Sie zum Beitritt ergebenst einzuladen. Eintrittsgeld wird von den Lieferantenmitgliedern nicht erhoben. Der Jahresbeitrag beträgt für diese nur 20 Mk.
Mit weiteren Auskünften stehen wir jederzeit gern zu Ihren Diensten.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dippoldiswalde.

Wenn irgendwo, so ist doch sicher hier berechtigt, von einer Erpressung im Sinne des 263 St. G. B. zu sprechen. Der Baumaterialienmarkt bemerkt denn auch selbst dazu, daß es unbegründet sei, wie sich der Arbeitgeberverband über eine Selbstverständlichkeit hinwegsetzen könne, wie die, daß zu einem Vertrage doch mindestens zwei Parteien gehören. Aus Form und Inhalt des Schreibens geht aber deutlich hervor, daß es sich hier um ein Diktum des Bau-Arbeitgeberverbandes handelt, der seine Mitglieder obendrein anweist, streng auf die Einhaltung des Beschlusses zu achten. Für die Lieferanten ist diese Antunbigung ein Entweder - Oder! - Entweder sie zahlen die geforderte Summe zum Wehrschuß, oder sie gehen der Aufgabe verlustig. Man muß sagen: Fair sind die Mittel und Wege, mit denen die Scharfmacher im Baugewerbe ihre Kriegskasse füllen, gerade nicht.

Ein interessantes Waiseur-Urteil aus Norwegen.
Am 1. Mai 1907 feierten die Arbeiter einer Papierwarenfabrik den Wehrfeiertag und blieben deshalb von der Arbeit fort. Die Folge war, daß sie ausgesperrt und aus den Arbeiterwohnungen geworfen wurden; die Ausgesperrten strengten gegen die Fabrik einen Prozeß an wegen kündigungsgelöser Entlassung. In den unteren Instanzen wurden die Arbeiter mit ihrer Klage abgewiesen, aber das höchste Gericht gab derselben statt und verurteilte die Fabrik zur Zahlung von 12000 Kronen an die Arbeiter. - Mit diesem Urteil des höchsten Gerichts ist festgelegt, daß die Arbeiter, wenn deren Organisation es beschließt, ein Recht haben, den 1. Mai zu feiern. Die Organisation der Arbeiter ist hier im Prinzip anerkannt. Das Verlangen der Unternehmer, jeder einzelne müsse sich, wenn er von der Arbeit fortbleiben wolle, in eine Liste eintragen, ist vom Gericht abgewiesen worden, denn die Unternehmer hätten kein Recht, Bedingungen aufzustellen, die eventuell eine andere Mehrheit herbeiführen, als sie in der Organisation der Arbeiter vorhanden sei. Die Statuten der Arbeiterorganisationen seien in dieser Beziehung maßgebend. - Die deutschen Scharfmacher werden vor Entsetzen über dieses Urteil die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Soziales.

Gegen den Kurierzwang. Das dem Reichstag vorliegende Kurpfuschergesetz wird nach den Beschlüssen der Kommission eine ganze Reihe von Krankheiten der Behandlung durch nicht approbierte Heilgehilfen entziehen und demnach für die Ärzte ein Monopol auf die Behandlung solcher Krankheiten schaffen. Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Kommission der Antrag gestellt, für diese der freie Heilbehandlung entzogenen Krankheiten den Kurierzwang einzuführen, weil es schon mehr als einmal vorgekommen ist, daß Ärzte sich weigerten, eine Krankheit zu behandeln. Auf welchen Gründen die Weigerung beruhte, ist an sich gleichgültig, die Tatsache der Weigerung steht jedenfalls in verschiedenen Fällen fest. Das preussische Ministerium des Innern hat sich nun an die Ärztekammern gewandt und um eine Äußerung zu dem beantragten Kurierzwang ersucht. Sämtliche Ärztekammern haben den Kurierzwang abgelehnt, in den letzten Tagen auch die Ärztekammer für die Provinz Brandenburg. Die ablehnende Haltung wird damit begründet, daß es erstens nicht richtig sei, daß die Ärzte sich der Behandlung von Krankheiten entzogen haben und daß man außerdem einem Spezialarzt, z. B. einem Geburtshelfer nicht zumuten dürfe, vielleicht zugleich auch Boten oder Flecktyphus zu behandeln. Im allgemeinen erachtet die genannte Ärztekammer den Kurierzwang für überflüssig, unbrauchbar und gefährlich.

Scharfmacher gegen die Sozialreform. Eine aus industriellen Kreisen, also wohl vom Zentralverband deutscher Industrieller stammende Zuschrift an die "Post", läßt wieder einmal die verbißene Wut der Scharfmacher gegen jede Art von Sozialreform erkennen. Natürlich handelt es sich um die Versicherung der Privatangestellten, die den Scharfmachern von allem Anfang recht wenig genehm war. Der Artikelsschreiber variiert wieder die Frage, ob die Sozialreform den gewünschten Erfolg, die Abkehr der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie zeitig habe und kommt selbstredend zu einer Verneinung. Deshalb wird der Regierung der Rat erteilt: "Man empfehle die staatliche Versicherung der Privatangestellten, aber man begründe sie nicht mit dem Hinweis auf staatsbehaltende, antisozialdemokratische Wirkungen. Ein solcher Hinweis muß die Feststellung der Tatsache hervorgerufen, daß die Sozialpolitik den immer wieder erhofften sozialen Frieden nicht nur nicht gestiftet, sondern den Bazillus der Begehrlichkeit und Unzufriedenheit immer weiteren Kreisen eingepflanzte, die Klassenfeindschaft verallgemeinert und verschärft hat. Und hinzugefügt muß die Befürchtung werden, daß der an sich gewiß berechtigten Stärkung des Ständebewußtseins, wie die entsprechende, mit der Lohnarbeiterschaft gemachte Erfahrung zeigt, die Tendenz zum Radikalismus innewohnt, zumal dessen Vertreter in ihrer Gewissenlosigkeit und Unverantwortlichkeit mit dem Übermaß von Lotungen und Verleumdungen dem Ständebewußtsein am meisten entgegenkommen."

Butter und Käse wird teurer! Seit voriger Woche verkünden die Verkaufsstellen von Milchprodukten - Butter und Käse - durch Preiserhöhungen eine weitere Verschärfung des Nahrungsmittelmangels. Wie gewaltig die Preise gerade dieser Produkte innerhalb weniger Wochen in die Höhe geschossen sind, nachdem sie schon vorher fortgesetzt gestiegen waren, zeigt die folgende kleine Zusammenstellung von Butter- und Käsepreisen im Berliner Zentralmarkthallen-Großhandel. Sie gibt die höchsten und niedrigsten Preise von Mitte September und von Mitte Oktober an.

	Mt.	Mt.
Butter Ia. Qualität	133-138	150-158
" IIa. "	128-132	137-140
" IIIa. "	120	129
Käse. Kistler Ia.	50-55	65-70
" IIa. "	25-40	40-50
Steinbuischer Harzer IIa. (Kiste 100 Stück)	0,50-1,00	1,25-1,50
Bäcksteinkäse	18-20	20-30
Steppenkäse, russischer	50-60	75

Die Ziffern zeigen, wie Butter, heute für den Arbeiterhaushalt schon zum Luxus geworden, nun auch schon für den Besserverdienenden zum schwer erreichbaren Nahrungsmittel wird. Dasselbe trifft für den Käse zu, der gerade in seinen billigeren Sorten, die vom Arbeiter gekauft werden, innerhalb eines Monats ungeheuerlich gestiegen ist. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß mit der Futtermittel der rasche Viehverkauf gekommen ist. Je mehr wir in den Winter hinein kommen und noch mehr im nächsten Frühjahr wird der Mangel an Milchprodukten mit dem Mangel an Fleisch und Milch die Lebensmittelteuerung ins Ungemessene steigen lassen, wenn nicht die Regierung ganz energische Maßnahmen ergreift, unter denen die Erlaubnis der freien Einfuhr von argentinischem Fleisch an erster Stelle zu stehen hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Vorgefahre vor dem Kriegsgericht. Die Danziger "Volkswacht" berichtet über zwei Verhandlungen vor dem Militärgericht wie folgt: Falch getrommelt hatte bei einer Übung der Tambour Jollbeck von der 11. Kompagnie des 61. Infanterieregiments. Darüber wurde der Bataillonstambour wütend und schlug dem Mann mit der Faust unter das Kinn, bedachte ihn auch am nächsten Tage nochmals mit einer Ohrfeige für das Versehen. Das Kriegsgericht erkannte gegen den Bataillonstambour auf neun Tage gelindeten Arrest, da beide Fälle als "minder schwere" angesehen wurden. - Der Unteroffizier Grube von der 7. Kompagnie des gleichen Regiments schloß einem Soldaten, der das Gewehr nicht vorschriftsmäßig hielt, dieses so heftig zurecht, daß der Kolben abbrach. Er veranlaßte den Mißhandelten dann, dem Feldwebel zu melden, er sei von der Treppe gefallen und dabei sei der Kolben abgebrochen. Dieser Unteroffizier erhielt vierzehn Tage Mittelarrest. - Es trifft also nicht zu, wenn jemand behauptet, Kriegsgerichte könnten nur harte Urteile fällen.

Das Urteil im Prozeß Becker. Im Prozeß Becker wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Verleumdung in drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt und in zwei weiteren Fällen freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt soweit Verurteilung erfolgt ist, der Angeklagte, im übrigen die Staatskasse. Das erste Urteil lautete bekanntlich auf ein Jahr Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Die Berliner Polizei scheint in letzter Zeit wieder nervös geworden zu sein. Die "Zeit am Montag" hatte den Vorschlag gemacht, die Berliner Arbeiter sollten gegen die Politik der Lebensmittelwucherer gewaltige Demonstrationen veranstalten unter freiem Himmel veranstalten. Solche imposante Kundgebungen wirkten auf die schuldigen Abgeordneten vielleicht am heilsamsten, wenn sie in der Nähe der Parlamente stattfänden, und könnten auch kommen, ohne daß eine Parteiorganisation das Zeichen dazu gebe. Am Dienstag, als der Reichstag begann, wurden nun unter Führung von zwei Offizieren und zwei Wachtmeistern 50 Schulkinder in einem Hause des Reichstagsgebäudes einquartiert. Da aber jede Demonstration der Arbeiter unterblieb, vertreiben sich die Schulkinder die Zeit so gut es ging, um schließlich unverrichteter Sache wieder heimzugehen. Die Sorge war umsonst.

Folgenschwere Dekorensturz. Aus Berlin wird berichtet: Während die Gäste des Restaurants "Au Rendezvous des Savoyards" gemütlich plauderten, stürzte plötzlich mit mächtigem Krach ein Teil der Decke auf die Tische, wodurch drei Damen und ein Herr schwer verletzt wurden. Die Polizei traf sofort umfassende Vorkehrungen, um ein weiteres Einstürzen des alten Hauses zu verhindern.

Religiöse Form und Verbrechertum. Unter dieser Epigmarke teilt Leo Freiherr v. Glogoffstein (Rebdorf in Bayern) in dem "Archiv für Kriminalanthropologie" folgende beiden charakteristischen Fälle mit:

I.
Margarete Zwißl sagt auf die Anklage wegen Kindesmordes aus: "Ja, ich hab' mein Kind gleich nach der Geburt umgebracht. Ich hab' ihm noch a' schwind die Nottauf geben, dann hab' ich's in eine wollne Decke gewickelt und in meinen Koffer gesteckt."

II.
Der Dienstknecht Fledel bekennet in der Schwurgerichtsverhandlung gegen ihn wegen Meineids und gegen den Bauernsohn Haberl wegen Anstiftung zum Meineid: "Ich hab's a' sehen, wie der Haberl mit dem Prügel zugeschlagen hat. Aber in der Verhandlung hab' ich's weggelugnet unter Eid; weil vor der Verhandlung der Haberl zu mir g'lagt hat: 'Tu mi sei nit neireion, dann kriegt hernach zwei Maß Bier und a' Würst. Und nach der Verhandlung hab' ich mei Sach auch kriegt. Das Bier hab' ich trunken, aber die Würst hab' ich stehn lassen, denn 's war Freitag d'ama'ls.'"

Der Genschtöcher Klosterkandal hinter verschlossenen Türen. Wie aus Warschau berichtet wird, soll der Prozeß der Genschtöcher Klosterkandal Mazoch und Jidior Startschewsky, der im vorigen Jahre durch die Aufdeckung der Korruption im Paulinerloster zu Genschtöcher ungeheures Aufsehen erregt hat, dank den Bemühungen der katholischen Geistlichkeit bei geschlossenen Türen stattfinden. Dieser Beschluß hat eine interessante Vorgeschichte, die seinerzeit in der polnischen Presse wiedergegeben wurde. Anlässlich einer plötzlichen Durchsuchung der Zellen der im Gefängnis zu Piotrkow internierten Paulinermönche wurde eine Korrespondenz beschlagnahmt, aus welcher hervorging, daß Mazoch und seine Komplizen nicht bloß einen Mord im Kloster und zahlreiche Unterschlagungen und Diebstahl

Sondern auch den Mord des „wundertätigen Muttergottesbildes“ zu Gzenstochau verübt hatten. Die Verbrecher hatten bis zu dieser Zeit gehofft, daß sie vor ein geistliches Gericht kommen und von der katolischen Geistlichkeit gerichtet werden würden. Nun aber begann Mazoch, der bis dahin sorgfältig verheimlicht hatte, die Geistlichkeit zu kompromittieren, die Klostergeheimnisse auszuplaudern und den Untersuchungsbehörden Einzelheiten aus dem Treiben im Kloster zu Gzenstochau mitzuteilen, die eine Reihe geistlicher Personen auf das schwerste bloßstellten. Wie weiter berichtet wurde, wandte sich der Bischof Sedjtomewick an den Vorkathenden des Bezirksgerichts zu Petrotau mit der Bitte, den Prozeß gegen Mazoch bei geschlossenen Türen stattfinden zu lassen, da die öffentliche Verhandlung Argernisse erregen und die Autorität der katholischen Kirche erschüttern würde. Wie aus dem oben mitgeteilten Beschluß ersichtlich ist, zeigen die russischen Behörden für die Erwägungen der katholischen Geistlichkeit das weitgehendste Verständnis und suchen die katholische Kirche vor den „Erschütterungen“ zu schützen, die sie von einer öffentlichen Erörterung der Schandwirtschaft im Kloster Gzenstochau befürchtet hat.

Ein neuer Schiller-Selbstmord. Der 15jährige Oberrealschüler Kurt Genzel in Bitterfeld, ein beliebter und begabter Schüler, wurde in der Wohnung seiner Eltern erschossen aufgefunden. Soweit man weiß, lag irgend ein Anlaß zu dem Selbstmord nicht vor. Im Besonderen des durch den Tertiarer Koch schwer verletzten Oberlehrers J. S. M. er ist eine derartige Besserung eingetreten, daß Lebensgefahr nicht mehr besteht.

Sechs Passagiere befördert hat am Mittwoch auf einem Zweibecker der Flieger Roger Sommer. Die Fahrt ging von Reims nach Chalons-sur-Marne und zurück, das ist eine Gesamtlänge von 60 Kilometern. Das Gesamtgewicht der Passagiere betrug 440 Kilogramm. Außerdem führte das Flugzeug noch 80 Liter Benzin und 20 Liter Öl an Bord. Die Dauer der Fahrt war 55 Minuten. Eine respektable Leistung!

Ein entsetzlicher Straßenbahnunfall ereignete sich in der Nähe von Manchester. Als ein Straßenbahnwagen einen steilen Abhang bei Moseley unweit Manchester hinunterfuhr, verlor der Wagenführer die Herrschaft über die Bremsen. Der Wagen durchschlug eine Mauer und stürzte über die Eisenbahnräder auf die Schienen hinab. Vier Personen wurden getötet, sieben verletzt.

Seemannslos. Der spanische Dampfer „Segundo del Castro“, der am 1. September von Wivero nach Rotterdam abgegangen ist, ist bisher an seinem Bestimmungsort nicht angekommen. Er dürfte mit der aus 23 Mann bestehenden Besatzung in der Nordsee untergegangen sein.

Massenmorde in Amerika. Außergewöhnlich viel Fälle von Mordtaten werden in letzter Zeit aus Amerika gemeldet und erst am letzten Sonntag wurde in Ellsworth, Kansas, die Ermordung einer aus fünf Köpfen bestehenden Familie, die in ihrem Hause tot aufgefunden wurde, entdeckt. Als die Polizei herbeigerufen wurde, fand sie auf der Brust eines jeden Opfers ein mit einer Stecknadel befestigtes Stück Papier, auf dem die Worte standen: „Denkt an die Colorado-Quellen.“ In Colorado Springs, so ergaben die angestellten Nachforschungen, fand vor einigen Sonntagen gleichfalls die Ermordung einer ganzen Familie statt. Die Polizeibehörden der beiden Städte waren in der Zwischenzeit bei der Arbeit, das Geheimnis dieser Mordtaten aufzuklären. Bis jetzt ist herausgebracht worden, daß im ganzen 14 Mordtaten an den Sonntagen des 17. September, des 1. Oktober und des 15. Oktober in Colorado Springs und in Ellsworth ver-

übt wurden, die, obgleich sie in zwei nebeneinander liegenden Staaten liegen, doch ziemlich weit entfernt von einander sind. Die Behörden erklären, daß die Familien durch denselben Mörder oder durch dieselbe Mordbande getötet wurden und daß die Täter dabei ein und denselben Zweck verfolgten, der jedoch noch nicht aufgeklärt werden konnte. Die Polizei steht vor einem Rätsel. Alles ist versucht worden, um die Mordtaten zu fassen, aber alle Bemühungen waren bis jetzt vergeblich gewesen. Sogar Hundstuden, denen eine Spur gegeben wurden, versagten vollkommen.

Neueste Nachrichten.

Wilhelmshaven. Krieg im Frieden. Auf dem deutschen Uminschiffe „Thüringen“ wurde während einer Schießübung in der Nähe von Wilhelmshaven durch vorzeitige Entzündung einer Kartusche ein schweres Unglück hervorgerufen. Herumfliegende Teile der Kartusche verletzten die Matrosen Dapp und Marxen schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Der Geschützführer kam mit leichteren Verletzungen davon.

Massenerkrankungen in einem galizischen Regiment. Unter der Mannschaft des 57. Infanterieregiments in Stanislaus in Galizien haben die ansteckenden Krankheiten derartig überhand genommen, daß das Regimentskommando eine strenge Untersuchung einleitete. Die Sanitätskommission stellte die heikle Tatsache fest, daß 343 Dienstmädchen und Arbeiterinnen wegen Erkrankungen, die mit den Soldatenerkrankungen in Verbindung stehen, in das Spital gebracht werden mußten.

Liebesdrama einer Ministersgattin. In Krajovar stürzte sich vom Kirchturm, der wegen seiner herrlichen Aussicht das Ziel zahlreicher Touristen zu sein pflegt, ein junges elegant gekleidetes Paar in die Tiefe. Die Nachforschungen ergaben, daß die Dame angeblich die Gattin des rumänischen Exministers Jonescu war. Ihr Genosse im Tode war ein Sekretär des Exministers Trajan C. Der Sekretär war etwa 10 Jahre jünger als seine Gefährtin. Da beide dem griechischen Glauben angehörten, konnten sie von keiner Ehescheidung keine Hoffnung erwarten, sich ehelichen zu können. Sie gingen darum in den Tod. Frau Jonescu gehörte zu den Liebenden am rumänischen Hofe.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 20. Oktober.

1. Qualität	155—157 Mt.
2. „	135—145 „
Ferner:	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	—
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	—
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	138—140
do. II. do.	120—134
Galizische und ähnliche	—
Finnländische Sommerbutter, verzollt	—
Amerikanische und fremde, verzollt	—
Tendenz: ruhig.	

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 20. Oktbr.
Auftrieb 7003 Schweine. Handel sehr langsam. Überstand — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und

für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reinf. Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 59.— bis 60.— (47.— bis 48.00 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 58.— bis 59.— (46.50 bis 47.—) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 57.— bis 58.— (44.50 bis 45.00 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 56.50 bis 58.— (44.00 bis 45.00 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50.— bis 55.00 (38.— bis 42.00) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 51.— bis 52.00 (41.— bis 42.50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45.— bis 49.00 (35.00 bis 38.00) Mt.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. Max ist gestern von Tränglund nach hier abgegangen.
D. Ostsee ist gestern vormittag von Furillen in Herrenwyd angekommen.
D. Mannheim ist gestern nachmittag von Reval in Kronstadt angekommen.
D. Constantia ist gestern morgen in Raumo angekommen.
D. Wafa ist gestern morgen von Rässö auf hier abgegangen.

Literarisches.

Welche Rechte hat das uneheliche Kind und seine Mutter? Gemeinverständlich dargestellt und mit Klageformularen, Mustern und ausführlichen Kalendertabellen versehen von Richard Burgemeister. Geseverlag R. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. Preis 1,10 Mt. Taschenformat. Wohl auf keinem Gebiete sind im Volke so یرrige Ansichten verbreitet als in bezug auf die Rechte des unehelichen Kindes und seiner Mutter. Aufklärend und belehrend wirkt das von einem Fachmann bearbeitete Buch. Es behandelt die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes, Erbrecht, Legitimation, Annahme an Kindes Statt, Vormundschaft, die Verfolgung des Anspruchs auf Unterhalt, Schadenersatz und Entbindungskosten, Zwangsvollstreckungs-Verfahren usw. Dem Buch, in welchem auch zweckdienliche Kalendertabellen für jeden Tag, Klageformulare und sonstige Muster enthalten sind, ist die weiteste Verbreitung zu wünschen und seine Anschaffung ist auch Pflegern und Vormündern zu empfehlen.

Im Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die Geschichte der Erde. I. Wie Berg und Tal entstehen.** Kurzer Abriss der dynamischen Geologie. Von R. Vornell. Fünfundzwanziges Bändchen der Kleinen Bibliothek. 128 Seiten. Illustriert. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein orientierender Ausflug. — Die umgestaltenden Wirkungen des Wassers und der Luft. — Die geologische Wirksamkeit der Organismen. — Vulkane. — Erdbeben. — Gebirgsbildung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. G. W. Dieck Nachf. Druck: Friedr. Mener u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Telephonisch

können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.

Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Für bewiesene Aufmerksamkeiten und Geschenke anlässlich unserer silbernen Hochzeit danken herzlichst.
K. Wessel u. Frau,
Untertrave 3.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten
An der Mauer 1.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten.
Schützenstraße 57a. I.

Groß. freundl. möbl. Zimmer
zu vermieten. Engelsgrube 72, II.

Zu sofort oder später
Kottwitzstraße mehrere Drei- und
Zwei-Zimmer-Wohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt.

Billig zu vermieten freundliche
Zwei-Zimmer-Wohnungen
von 185 Mt. an.
Näh. Chasotfr. 18, pt. vorn.

Zu vermieten eine **Gangbude** in
der Rosenstraße. Näheres
Düstere Querstraße 6.

Sofort oder 1. Januar eine
Wohnung zu vermieten
Glemzigstraße 9a.

Zum 1. Januar eine **Zwei-Zimmer-Wohnung**
zu vermieten.
Chasotstraße 15.

3. 1. Jan. e. **Zwei-Zimmer-Wohn.**
abgeschl. m. Zub. a. r. L. zu verm.
B. 7—10 zu best. Chasotstraße 8.

Zum 1. Januar eine abgeschl.
Zwei-Zimmer-Wohnung mit Zubehör billig zu vermieten.
Kronsforder Allee 127.

Gesucht zu sofort oder später 19.
Mädchen zur Erlernung der
Schneidererei.
Bussefiststraße 4a.

Tapezier-Dehrling
gesucht.
Aug. Meincke, Beckergrube 20.

An- und Verkauf von guten
getr. Herrenkleidern. Vermietung
v. Gehrock-Anz. f. jede Festlichkeit.
A. Pohl, Schneider, Marlesgr. 44.

1 Sofa, 2 Stühle (gebraucht) bill.
zu verk.
Beckergrube 20, pt.

Eine guterhaltene Hängelampe
und ein guterhaltener Kinderwagen
zu verkaufen. Sadowstr. 28, II.

Zu verk. 1 H.-Winterpaletot f. m.
Fig., 15 Mt., 1 Turnanzug, 3 Mt. u.
1 Salonbüchse. Warendorffstr. 2, I.

Ein **Sofa** billig zu verkaufen.
Lindenstraße 59a, I. St.

Zu verkaufen rote Nippgarmentur
und ein Sofa fisch.
Warendorffstraße 19a, I. St.

Der Lübecker Taubentub
steht am Sonntag von 9—12 Uhr
im Geschäftshaus „Monopol“,
Johannisstraße 25

zirca 45 Paar Tauben
einzeln und paarweise zu Verkauf.

Schöne Ferkel u. Zügel
zu verk. M. Prüss, Cäthorfr.

Eine große Partie
Ferkel steht billig
zum Verkauf.
Gasthof 3 Kronen,
Dose, Fackenburg.

Es steht eine große
Partie Ferkel
zum Verkauf.
Joh. Ahrens, Fremstamp 12.

Große Partie
Ferkel
6 Wochen alt, zu
verkaufen.
Alte Lohmühle.

Verloren ein **Arbeitsrock** auf dem
Wege b. d. Genossenschaftsbäckerei.
Geg. Belohn. abzugeben. Dornstr. 48.

Herzlicher Sonntagsdienst
am 22. Oktober von 1 Uhr an.
Dr. med. Pauli, Mühlenbrücke 5.
Dr. med. Pühmeyer, Marktstr. 15 c.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22

Belgische Kaninchen billig zu
verkaufen. Sedanstr. 18a, part.

Billig! Billig!
10 Pfd. Koch- u. Spitzbraten v. 65 Mt. an.
10 Pfd. Koch- u. Spitzbraten v. 80 Mt. an.
10 Pfd. Magnum bonum 40 Mt. an.
Wilh. Matz, Emilienstraße 9, Hof,
zwischen Dorne- und Lindenstraße.

Hannoversche
Wurst- u. Aufschnittwaren

Spezialität:
**Brägenwurst, Schinkenwurst,
Kochwürstchen, Fleischwurst,
Leberwurst.**

ff. Bratenschmalz Pfd. 55 Mt

Jeden Mittwoch:
Hannoversche Bratwurst.

Königstrasse 93.

Jugend-
Liederbuch

Verkaufungsbüch. Meyer & Co.

Preis: kartoniert 20 Pfennig
gebunden 30 Pfennig

In beziehen durch:

Ad. Hübner, handlg. u. Reparaturwerkstatt.
Fünthausen 13.

Herren - Hüte
von 1.50 Mt. an.

Mützen
von 50 Pfg. an
empfehle

Walter Stalbohm,
Führer. 26.

Uhren- u. Goldwaren-
Ad. Hübner, handlg. u. Reparaturwerkstatt.
Fünthausen 13.

Jede Hausfrau versuche
H. Bülcks

Misch-Kaffee.
Seit 15 Jahren großer Erfolg.
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg.,
in 1/2 und 1/4 Pfd., fertig zum
Gebrauch.
Postpakete franco.
H. Bülck
Breite Straße 64. Fernspr. 140.

Amerikanische
Uhren-Reparaturwerkstatt

Lübeck, Huxstraße 71.
Reparaturen gut und billig
wie bekannt.

Huxstr. 71.

8105 Samml. begl. Dankschreiben.

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik
Klingenthal (Sachsen) Nr. 51/A
Denkbar beste und billigste direkte Bezugsquelle für Zugharmonikas aller Art.
1, 2, 3, 4 reihige, 2, 3, 4, 6 schräge, sowie
Wiener Harmonikas in über 200 Nummern.
Mundharmonikas, Bandonions, Gitarren,
Biolin, Aufträge von Nr. 10 — an
Sittlich innerhalb Deutschlands
Sittlich, portofrei.
Orgeln.
Garantie: Zurücknahme u. Geld retour.
Neuer Haupt-Katalog an Jedermann frei.

Herren - Hüte
von 1.50 Mt. an.

Mützen
von 50 Pfg. an
empfehle

Walter Stalbohm,
Führer. 26.

Uhren- u. Goldwaren-
Ad. Hübner, handlg. u. Reparaturwerkstatt.
Fünthausen 13.

Jede Hausfrau versuche
H. Bülcks

Misch-Kaffee.
Seit 15 Jahren großer Erfolg.
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg.,
in 1/2 und 1/4 Pfd., fertig zum
Gebrauch.
Postpakete franco.
H. Bülck
Breite Straße 64. Fernspr. 140.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

St. Lorenz erstes
und ältestes
**Motor- und
Fahrradhaus.**

Neue und alte Fahrräder
in großer Auswahl.
Eigene Emailier- u. Vernickelungs-
Anstalt. Größte Reparaturwerkst.

H. Benthien
Fackenburg Allee 53.
Fernruf 2058.

Aufgabe halber verschied.
Muster bedeutend
unter Preis für Händler u. Private.
Eleg. bestickte Salongarnituren in
Zug, Blüsch, Gobelin und Seiden-
bezug 100 Mt., 150 u. 165. Pracht-
volle Blüschgarnituren 85 Mt., Bort-
garnituren 110 Mt., Divans 65 Mt.,
Umbauten 75 Mt., Salons u. Brunt-
schänke 75 Mt., Vertikos, reich ge-
schmückt, 55 Mt., Salons und Ausgug-
stücke 18 Mt., Gr. Trumeaus 35 Mt.,
Schreibtische, wertvolle Schlaf-
zimmer, Küchens, Garderoben, Leder-
stühle. Hunderte von Dankschreiben
für prächtige Lieferungen.
Lager: Warendorffstr. 53.

Atelier Lubeca
Breite Strasse 13.
Inh. Konrad Brandt.
Anfertigung moderner
Photographien von größter
Haltbarkeit zu billigen
Preisen.

**Alle Sorten
Weine und Spirituosen**
auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf
empfehlen
J. Höppner, Beckenpf. 66.

**Kauf
WIR**



WELT-MARKT
Salvator



Einheitspreise:
Mark **10.50, 12.50,
15.50, 18.00.**
4% Rabatt — Labeca-Marken.
Alleinverkauf:
F. Baurenfeind,
Mühlenstraße 34.

**Großes Gänse- und
Karpfen-Verkegeln**
am Sonntag, d. 22. Oktober
und Montag, d. 23. Oktober
in der St.-Lorenz-Kegelhalle
Waisenhofstraße 23.
Als Tagesprämie am 1. Tage:
Eine große Serbelatwurst.
Am 2. Tage:
Ein lebendes Schwein.
Karte 50 Pfg., wofür 4 Wurst.
E. Wiencke.

**Einladung zum
BALL**
der Töpfer Lübecks
am Sonntag 29. Oktober 1911
im Lokale des Herrn Fürbörter,
Wakenitz-Bellevue.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg.
Damen frei.
Das Komitee.

Weisser Engel
Ratzeburger Allee 29.
Jeden Sonntag:
Gr. Tanzmusik.
Gebäude der heute eröffneten Bahn.
Eintritt frei. Telefon 1107.

Kaffeehaus Moising
Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
Gasthof Genin.
Sonntag, den 22. Oktober:
Gr. Tanzkränzchen.
Kauf: Schwarz, Sabelstein-Kapelle.
Hierzu ladet freundlichst ein
Gustav Behncke.

Universum.
Heute Sonnabend u. morgen
Sonntag:
Gr. Komödien-Abend
3 urkomische Komödien.
Tränen werden gelacht
über die Komödie
Aufbruch im Hause.

Vorträge
der Oberschulbehörde zu Lübeck
im Winterhalbjahr 1911/12.

I.
Dr. Harms, ordentlicher Professor
und Direktor des staatswissenschaftlichen
Instituts der Universität Kiel:
**Die neue volks- und welt-
wirtschaftliche Entwicklung
Deutschlands.**
4 Vorträge: Donnerstag, den 26. Ok-
tober und 2., 9. und 16. November.

II.
Dr. Möbus, Seminar direktor
in Lübeck:
Die Weltsprache.
4 Vorträge: Montag, den 20. und
27. November, 4. und 11. Dezember.

III.
Dr. med. Ott in Lübeck,
Dr. Panconelli-Calzia, Leiter des
Phonetischen Laboratoriums am
Kolonialinstitut, und Fräulein Klara
Hoffmann, Gesanglehrerin in
Hamburg:
**Das Gesangs- und Sprech-
organ des Menschen,**
sein richtiger Gebrauch und die
Heilung der durch falschen Gebrauch
entstandenen Schäden. Mit Experi-
menten und Demonstrationen.

IV.
Dr. Meumann, Professor der
Philosophie am Kolonialinstitut in
Hamburg:
**Die wissenschaftlichen
Grundlagen der Lehre von
der Begabung des Zöglings.**
Die Vorträge finden in der Aula des
Johanneums, bei St. Johannis 3, statt.
Die Vorträge unter I beginnen um
9 Uhr, die unter II um 8³⁰ Uhr.
Tag und Stunde der übrigen Vor-
träge werden rechtzeitig bekannt ge-
macht werden.

Eintrittskarten sind zu haben
im Bureau der Oberschulbehörde,
Glockengießerstraße 41, bei F. W.
Kalbel, Breitestraße 40, Rich. Quitzow,
Breitestraße 97, Lübeck & Nöhring,
Breitestraße 31, Robert Lübecke,
Königsstraße 41, Bureau der Orts-
krankenkasse und der öffentlichen
Lesehalle, Mengstraße 28, in der
Nebenstelle der Spar- u. Anleihe-
kasse, Fackenburg Allee 13/15,
sowie im Arbeitersekretariat, Jo-
hannisstraße 48.
Preis für jede Vortragsreihe 1 Mk.

**Wissenschaftlicher
Vortragskursus für Arbeiter.**

Der 3. Duncker-Abend
findet nicht Dienstag, sondern
Montag, den 23. Oktober
abends 8³⁰ Uhr statt.
Um allseitigen Besuch eruchen
Die Kartellkommission.
Der Vorstand des Soziald. Vereins.

**Verband d. Friseurgehilfen
Deutschlands.**
Zweigverein Lübeck.

Einladung zum Ball
am Sonntag, 29. Oktober 1911
im Lokale des Herrn Ohde, Jo-
hannisstraße 25, Gewerkschaftshaus
„Kronopol“.
Anfang 6 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Nach 2 Uhr: Kaffeetafel.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei;
einzelne Dame 20 Pfg., wofür
Garderobe.
Das Komitee.

Dröhnbüdel-Klub.
Gegründet 1906.
Heute, Sonntag, 22. Oktober
Grosser Ball
im Lokale
„Zur schwarzen Dohle“
Sandstraße 41.
Kaffeeöffn. 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Dröhnbüdel.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
Einladung zum Ball
am Dienstag, 24. Oktober 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52,
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Teuerung
aller Fleischnahrungsmittel führt in allen grossen Städten zum
Ersatz der teuren Fleischnahrung durch
Seefische.
Es ist uns gelungen, grosse Quantitäten vorzüglicher Ware ab-
zuschliessen, die wir zu alten Preisen täglich frisch liefern.
Kochrezepte werden beigegeben.
Fernruf 299. Fischstrasse 31.
Nicolai Jäger jr.
G. m. b. H.

Erstklassige
Fahrräder u. Nähmaschinen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
empfiehlt

Th. Vedder, Friedenstraße 1.
Sämtliche Reparaturen werden prompt u. billig ausgeführt.
Bungeischer Speise-Eisig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:
Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund. Mk. 3.—
Ch. Dickens ausgewählte Werke 2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—
Ferner sind wieder eingetroffen:
Fritz Reuters Werke in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—
Als Nachschlagebuch:
Der Ratgeber für das praktische Leben. Elegant gebunden Mk. 2.75
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Heute — Sonntag — Heute:
Großes Auspielen von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch.
Einsatz 50 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein
Albert Lau
Ratzeburger Allee 44.

Zum roten Löwen.
Sonntag, den 22. Oktober 1911:
Großes Verschießen sowie Auspielen auf einem Zieh-
billard von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch.
Anfang 11 Uhr vormittags. Einsatz 50 Pfg.
Nachher: **Tanzkränzchen.**
Hierzu ladet freundlichst ein
W. Mihr.

Voranzeige!
Athleten-Klub „Atlas“.
15jähriges Stiftungs-Fest
am Sonntag, dem 19. November 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstrasse 50—52.
Herren-Karten im Vorverkauf 50 Pfg., zu haben bei sämtlichen Mit-
gliedern, im Klublokal sowie im Gewerkschaftshaus.
NB. Personen, die geneigt sind, dem Sport beizutreten, wollen sich
bitte Gr. Burgstr. 11 melden. Übungsabende am Dienstag und Freitag
von 9—11 Uhr.
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
Einladung zum Ball
am Dienstag, 24. Oktober 1911,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52,
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei.
Gustav Gipp.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder
Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
65 Pfg.

Einsegeel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Tanzkränzchen

Friedrichshof.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Am Dienstag, dem 24. Oktober:
**Benefiz-Ball
der Bedienung.**

Adlershorst.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen

Wakenitz - Bellevue.
Heute Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
H. Fürbörter.

Friedr. Franz-Halle
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.
L. Stamer.

Hansa-Halle
Großes Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
J. Rieck.

Gesangverein „Einigkeit“
Schlutup.

Banner-Weihe
am Sonntag, 22. Oktober 1911
in sämtlichen Räumen des
Gasthofes „Zur Post“.
Nachmittags 2³⁰ Uhr: Empfang
der auswärtigen Vereine im
Gasthof „Zur Post“.
Nachmittags 3 Uhr: Banner-Weihe
im Gasthof „Zur Post“.
Weiherede, gehalten vom Reichs-
tagsabgeordnet. Th. Schwartz.
Nachher: Umzug durch den Ort.
Beginn des Balles 5 Uhr.
Eintrittspreis für Fremde 1 Mt.,
einzelne Dame 30 Pfg.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Das Komitee.
NB. Die umliegenden Bundes-
vereine sind freundlichst eingeladen.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert, ausgeführt vom
Konzert-Orchester „Presto“
6 Damen, 2 Herren.
Anfang Sonntags 4 Uhr.
Eintritt frei!
Geöffnet bis 3 Uhr nachts.
Ludwig Kock.

Ein konservatives Stichwahl- anerbieten.

Die „Konservative Korrespondenz“ veröffentlicht folgenden Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Deutschkonservativen Vereins für Schlesien, Landtagsabgeordneten Graf Harrach, und dem Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei in Schlesien, Justizrat Dr. Heilberg. Graf Harrach schrieb unterm 7. September:

Sehr geehrter Herr Justizrat!
Für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist ein besonders starker Ansturm der Sozialdemokratie zur Gewinnung von Mandaten, auch in Schlesien, zu gewärtigen, — ein Vorgehen, welchem entgegenzuwirken wohl mit Recht als die Aufgabe aller bürgerlichen Parteien anzusehen ist.

Dies veranlaßt mich, als Vorsitzender des Deutschkonservativen Vereins für Schlesien, im Einvernehmen mit Vorstand und Ausschuß dieses unseres Vereins und, wie ich Grund habe anzunehmen, auch mit der Provinzialleitung des Bundes der Landwirte in Schlesien, folgenden Vorschlag zur gemeinsamen Bekämpfung der Sozialdemokratie Ew. Hochwohlgeboren als Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in unserer Provinz zu unterbreiten. Mein ergebener Vorschlag würde dahingehen:

Für vorkommende Stichwahlen in Schlesien, sofern einem sozialdemokratischen Kandidaten ein freisinniger oder ein konservativer Kandidat gegenübersteht, die Unterstützung des freisinnigen Kandidaten durch die konservativen Wähler, und umgekehrt, die Unterstützung des konservativen Kandidaten durch die freisinnigen Wähler des betr. Wahlkreises gegenseitig zu gewährleisten in der Weise, daß sowohl durch öffentliche Aufforderung des Parteivorstandes in Provinz und Wahlkreis, als auch durch rühriges Arbeiten der lokalen Elemente der Erfolg sichergestellt würde.

Bei dem hier gemachten Vorschlag ist unsererseits der Gesichtspunkt maßgebend, daß nur ein schon vor den eigentlichen Wahlkämpfen, also alsbald, angebahntes Übereinkommen eine tatsächlich wirksame Maßregel sein würde. Denn nur so würde von vornherein die gegenseitige Befehdung der bürgerlichen Parteien auf ein erträgliches Maß herabgemindert, und auch möglicherweise peinliche, sonst zu erwartende Einzelstreitigkeiten über Wahlchancen vermieden werden können.

Aus diesem Grunde würde es auch nicht angängig sein, diesen unsern die ganze Provinz umfassenden Vorschlag auf einzelne Kreise einzuschränken.

Bei der Wichtigkeit der Sache möchten wir bitten, Ihre gefl. Erwiderung nicht über eine der Sachlage angemessene Frist verschieben zu wollen.

In vorzüglicher Hochachtung Ew. Wohlgeboren ganz ergebener

Graf Harrach,
Vorsitzender des Deutschkonservativen Vereins
für Schlesien.

Hierauf ist von dem Justizrat Dr. Heilberg am 29. September 1911 das folgende Antwortschreiben eingegangen:

Sehr geehrter Herr Graf!
Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das sehr gefl. Schreiben vom 7. d. M., daß wir auf den dort gemachten Vorschlag nicht eingehen können.

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreher.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten;
alle Rechte vorbehalten.)

„Ich denke, wir behandeln die Sache mit Diskretion,“ sagte er verbindlich. „Denn wenn Mama das erfährt, so ist der Teufel los. Ich weiß wirklich nicht mehr, was passiert ist. Auf mein Ehrenwort. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Brüderlichkeit als einen erklärlichen Scherz zu betrachten. Sie würden mir dadurch eine große Unannehmlichkeit ersparen. Bei meiner Jugend ist solch ein Streich vielleicht verzeihlich. Und Ihnen als älteren Herren muß das doch auch —“

Emmerich lachte ihn aus. „Schelm du, das gibst nicht. Welcher Held bläst gleich zum Rückzug. Laß nur, ich nehme alles auf mich. Sei versichert. . . übrigens verkennt du mich, total verkennt du mich, wenn du glaubst, ich würde es nun gleich in alle Welt hinausstuten. Den Übergang finden wir schon, wenn ich erst hier die Stühle der Firma Frobel sein werde. Du, ich stelle mir das herrlich vor. Neuerdings wenigstens.“

Das alles hatte Frau Frobel mit angehört, zuerst hinter der Doppeltür, deren innere Flügel offen standen, und dann in der geöffneten, die nur angelehnt war. Es war alles sehr einfach zugegangen. Sie war gerade im Begriff gewesen, ihren Sohn hereinzurufen, als sie Emmerichs drohende Stimme vernahm. Was war also natürlicher, als daß sie lautlos, nicht aus niedrigen Gründen, sondern wie der bedrohte Feind, der sich vor Verrat schützen möchte.

Sie atmete auf, denn nichts weiter ging aus dem Gespräch hervor, als daß sie gute Freunde geworden waren. Und als nun auch ihr Sohn sprach, drückte sie leise die Klinke herunter, um auch das zu hören. Bravo von ihm, daß er Emmerich diese nachträgliche Korrektur zu kosten gab, um alles wie einen schmerzigen Traum zu verschweigen. Niemals, niemals sollte er wieder in diesen Spuren wandeln, dafür wollte sie sorgen mit heißer Mutterliebe. Plötzlich, als der Größenwahn Emmerichs kam, oder besser gesagt: seine Frechheit, lachte sie kurz auf, so daß beide sich nach ihr umblickten, ihr Sohn mit verstörter, der Sänger mit freudiger Miene.

„Ach, die gute, liebe Mama. . . Gnädige Frau, wie

In vorzüglicher Hochachtung Ew. Hochgeboren ergebener

Dr. Heilberg,
im Auftrage der schlesischen Provinzialleitung
der Fortschrittlichen Volkspartei.

Eine neue Wendung im Finnlands-Kurs?

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Gerüchte, daß der Generalgouverneur v. Seyn demnächst von seinem Posten zurücktreten wird, lassen sich nicht mehr von der Hand weisen. Das Dementi des offiziellen Informationsbureaus, das diese Gerüchte als unbegründet erklärt, ändert an dieser Tatsache nichts. Der Wechsel braucht noch nicht heute oder morgen zu erfolgen. Indessen scheint der Nachfolger Stolypins einzusehen, daß die „Staatskunst“ Stolypins und Seyns in Finnland die Anarchie von oben herab beschworen hat, und daß es nun gilt, Wundlung zu schaffen.

Seyn, der gelehrte Schüler des Diktators Bobrikow, unseligen Angedenkens, ist der Mann der Echnursten. Sie bewirkten seine Ernennung erst zum Vizegouverneur und dann zum Generalgouverneur von Finnland. Seyn sollte die Ermordung Bobrikows durch die wirkliche Vernichtung der finnischen Autonomie rächen und Finnland erst tatsächlich „erobert“. Herr v. Seyn hat seine Auftragsgeber nicht getäuscht: er hat unablässig daran gearbeitet, das konstitutionelle Finnland zu vernichten, wie sein Meister Stolypin das in seiner staatsmännischen „Weisheit“ für gut befand.

Unter dem Regime des Herrn v. Seyn kam es so weit, daß überführte Verbrecher, die gerichtlich zu schweren Strafen verurteilt waren, nach Finnland zurückkehren durften, wo ihnen mit Hilfe des Generalgouverneurs noch Entschädigungen und Pensionen zuerkannt wurden. Genau so, wie die „Begnädigung“ der Mörder Herzensteins durch den Zaren das Rechtsbewußtsein im finnischen Volke erschütterte, hat es sich jetzt dagegen empört, daß die ehemaligen Polizeiverbrecher, die die Revolution von 1905 fortgesetzt hatte, wiederum in Amt und Würden eingesetzt wurden. Herr Seyn brauchte aber diese „Getreuen“, wie Stolypin keine Axts brauchte. Die Empörung des finnischen Volkes erreichte ihre äußerste Grenze, als es bekannt wurde, daß Stolypin entschlossen war, zwei Bezirke des Wiborger Gouvernements loszulösen und sie Rußland einzuverleiben. Als die Bevölkerung sich gegen dieses Projekt der Petersburger Eroberer aufbäumte und im ganzen Lande Protest erhob, befahl Herr v. Seyn, alle Protestkundgebungen zu verbieten, obgleich alle diese Versammlungen auf Grund des geltenden Rechts einberufen waren.

Herr v. Seyn ging aber noch weiter. Er verhinderte nicht bloß, sondern er begünstigte es sogar, daß fanatische Offiziere ihre Mannschaften auf die Straßen führten — gegen das Volk, welches nur seine verfassungsmäßigen Rechte wahrnahm! Es ist ausschließlich der Kaltblütigkeit und Disziplin der manifestierenden Arbeiter zu verdanken, daß es hierbei nicht zum Blutvergießen gekommen ist, denn an provokatorischen Maßnahmen der Offiziere und der von ihnen ausgehenden russischen Soldaten hat es wahrlich nicht gefehlt.

Durch alle diese Maßnahmen hat Herr v. Seyn sämtliche Bevölkerungsklassen, die von dieser Gewaltpolitik keine direkten Vorteile zu erwarten haben, auf das Äußerste erbittert, ohne daß ein Ende der finnländischen „Kompli-

immer meine Ehrfurcht — ich lege sie Ihnen zu Füßen.“

Und die Hand gegen seinen Belz schlagend, verneigte sich der große Mann vor ihr, ein süßliches Lächeln auf den feilsten Zügen. Frau Frobel jedoch blieb zurückhaltend, auch als sie die Tür ganz aufgestoßen hatte. Sie nickte nur gnädig und tat so, als wäre sie soeben erst aufgetaucht.

„Darf ich Sie zu mir hereinbitten?“ sagte sie artig, ohne sich etwas Besonderes dabei merken zu lassen. Sie mußte sich im Augenblick keinen besseren Rat, denn Gerold wurde gerade wieder sichtbar.

Nichts war Emmerich willkommen, und so beeilte er sich mit einer seiner entzücktesten Redensarten ihrem Wunsche Folge zu leisten. Günther, die Angst in den Gliedern, es könnten ohne ihn die üblen Dinge zur Sprache kommen, wollte hinterdrein, ein Wink seiner Mutter jedoch hielt ihn zurück. Rasch tröstete er sich: Kam es schlimmer, so wollte er ebenso offen sein wie der andere; denn mit der Wahrheit umschiffte man manche Klippe.

Raum hatte Frau Frobel die Doppeltür hinter sich geschlossen, als sie durchaus keine Umstände mit Emmerich machte, vielmehr mit einem Zorn auf ihn losfuhr, der etwas Familiäres hatte:

„Sie sind es also, der meinen Sohn in dieser Nacht verführt hat, wie? Fragen Sie nicht, woher ich es weiß. Genug, ich weiß es. Schämten Sie sich nicht? Einen solchen jungen Menschen betrunken zu machen, daß er seiner Sinne nicht mehr fähig ist? Ihn in schlechte Gesellschaft zu schleppen, in den Sumpf von Berlin? Wie kommen Sie denn dazu? Ist das der Dank für alles, was wir Ihnen im Leben getan haben? Sprechen Sie nur dreist, ich fürchte mich nicht.“

Ein Sturm tobte in ihr, der ihre Gefühle unwiderstehlich mit fortriß, nicht fragend, was für Leid ihr auch daraus entstehen würde. Ihre Leidenschaft riß sie mit sich fort, die große Leidenschaft eines tief empörten Weibes, das Zeit und Ort vergißt. Und wie sie damals, vor Jahren, dieser Leidenschaft unbändig gefolgt war, als maßlose Liebe sie in die Arme Emmerichs trieb, so loberte jetzt der leidenschaftliche Haß gegen ihn aus ihrer Anklage. Es war der versteckte Kampf um ihren Sohn, der sie ins Feuer führte — um diesen heimlichen Sohn, den sie liebte wie die Madonna ihr Kind, und dessen Reinheit sie sich erhalten wollte.

kationen“ abzusehen war. Die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des von Stolypin eingeschlagenen Finnlandskurses häuften sich im Gegenteil immer mehr an.

Wie sucht sich nun der Nachfolger Stolypins aus dieser Patzche zu ziehen? Natürlich nicht durch die ehrliche Erklärung, daß die Stolypinsche Politik ein schmachliches Fiasko erlitten hat. Im Gegenteil sucht er aus dieser schmachlichen Niederlage zu retten, was zu retten ist, und zwar mit Hilfe der reaktionären finnischen Partei, der Altfinnen. Der Rußhandel zwischen dem russischen Ministerpräsidenten und der altfinnischen Partei dreht sich im wesentlichen um folgende Punkte.

1. Der Generalgouverneur Seyn wird entlassen und durch einen neuen Mann, etwa durch den gegenwärtigen Vizepräsidenten des Senats, Markow, ersetzt. Diesen Herrn kennen die Altfinnen und wissen ihn zu schätzen, da sie mit ihm zusammen im finnischen Senat sitzen.

2. Von den gegenwärtigen russischen Senatoren werden einige — auf Kosten des finnischen Volkes — pensioniert und durch Altfinnen ersetzt. So wird der Senat „arbeitsfähiger“ und altfinnische Politiker erhalten gut dotierte Stellen.

3. Das Projekt der Lostrennung der Bezirke Kimmennawa und Uusikirkko vom Gouvernement Wiborg wird auf die lange Bank geschoben. Das zu Festungsanlagen nötige Land wird mit Hilfe altfinnischer Beamten auf dem „gesetzlichen“ Wege expropriert. Damit werden auch die fuometarianischen Grundherren zufrieden sein, da sie so für ihren Grund und Boden einen „anständigen“ Preis herauszuschlagen können.

4. Die russische Regierung hebt den Boykott gegen die finnischen Metallindustriellen auf, und verzieht sie wieder mit Staatsaufträgen, wie bis 1907.

Das sind die Forderungen der Altfinnen. Welcher Art sind aber die Gegenleistungen, die Kokowzew von ihnen verlangt?

Herr Kokowzew braucht Geld. Die Millionen der finnischen Militärkontribution sind ihm daher sehr willkommen. Diese zu bewilligen, fällt den Altfinnen nicht schwer, sind sie doch bereits von Leo Mechelin als Entgelt für die Preisgabe der russischen Diktaturgewalt vor der Revolution angeboten worden. Was tut es, daß diese „Kontribution“ jährlich um eine Million wächst und vom Jahre 1920 ab 20 Millionen betragen wird! Diese Millionen werden ja nicht von den altfinnischen Politikern, sondern vom Volke aufgebracht. — Eine weitere „Kompensation“ dürfte die Anerkennung der russischen Beamtenrechte in Finnland sein. Damit werden sich die stellenhungrigen Echnursten gern zufrieden geben. Andere derartige „Zugeständnisse“ sind natürlich nicht ausgeschlossen.

Ob diese Kombinationen sich von heute auf morgen verwirklichen, steht natürlich dahin. Daß aber ein solcher Rußhandel zwischen St. Petersburg und Helsingfors im Gange ist, unterliegt nach unseren Informationen keinem Zweifel.

Auch hier muß das Volk machtlos zusehen, wie seine Rechte verschachert werden. Und nicht allein darum handelt es sich hier. Es ist ganz selbstverständlich, daß die finnische und die russische Reaktion sich auch darüber verständigen, wie die Volksfreiheiten auch weiterhin in Finnland beschnitten werden können. Die Altfinnen haben daraus niemals ein Hehl gemacht, daß sie für alle Maßregeln zu haben sind, welche die freie Aktion der Arbeiterklasse einschränken und ihre Entwicklung hemmen könnten. Warum sollten sie darin

Emmerich bewahrte seinen Gleichmut, obwohl ihm sonderbar zumute war bei diesem Empfang, den er sich ganz anders gedacht hatte. Die niedrige Kreatur in ihm regte sich, ihr legt schon giftig seine Macht über sie kosten zu geben; aber wozu so früh? War man nicht Künstler, hatte man nicht seine Erziehung genossen, trat man nicht als Gentleman auf? Und überdies: hatte man sich nicht immer befleißigt, dieses elende Dasein der letzten Jahre mit Humor zu ertragen? Also nur Ruhe, immer nur Ruhe, namentlich eifernden Weibern gegenüber. Schließlich purzelten sie doch alle hin, wenn sie an den richtigen Mann kamen.

„Aber, meine Verehrte, Bestel! Was ist den eigentlich los?“ warf er gemächlich ein, ganz ohne den sonstigen Schmutz in seiner Sprache. „Ich erwarte, von einer alten, lieben Freundin empfangen zu werden und werde hier mit Kanonen totgeschossen. Aber ich lebe noch, liebste Ernestine, ich lebe noch! Und wie ich hoffe, noch recht lange. Erlauben Sie, daß ich ein bißchen ablege, ja? Solche Dinge muß man doch in Ruhe besprechen. Auf ein Viertelsündchen nur.“

Ihr Sturm prasselte weiter. „Geben Sie sich keine Mühe. Was wir zu sprechen haben, kann auch im Stehen erledigt werden.“

Emmerich machte sich nichts daraus. Ruhig, fast mit beabsichtigter Gelassenheit, zog er den Belz aus, breitete ihn wie eine große Kostbarkeit über den nächsten Sessel und begann die Glaceehandschuhe abzustreifen, immer ein liebliches Lächeln auf den Lippen, so wie ein gewitzter Gauner es hat, der sich seines Fanges sicher ist.

Und dabei beklagte er sich mit feinem Spott: „Reine Zeit? Wie sich die Zeiten ändern, ja; und mit ihnen die Menschen, ja.“ Sein Geuzen war ein Singen. „O duftende Rosen der Erinnerung, wie bald werdet ihr zertreten! O Frauenchwüre, wie viel Meineid berget ihr! O Süßholzraspelnde Lippen, wie bald lernt ihr das Geifern und Toben, Jaja. Hübsch gesagt, wie? Hilft aber alles nichts, liebste Ernestine, ich setze mich doch ein wenig hier fest. Nach Ihnen natürlich, meine Allergnädigste.“

Sie empfand den Hohn wie eine Erniedrigung; und so raste es aufs neue in ihr. „Was wollen Sie? Sagen Sie es nur gleich. Der Rastler ist noch hier.“

Drohend blieb sie vor ihm stehen, um ihn so zu zwingen, dasselbe zu tun. Aber sie überschätzte seine Höflichkeit in diesen Minuten, wo er gekommen war, ihr seine überzuckerte Brutalität zu zeigen. (Fortsetzung folgt.)

Jetzt der russischen Gewalt nicht entgegenkommen wollen? Entspricht es doch ihren Wünschen, die finnische Arbeiterklasse ebenso geknebelt und niedergedrückt zu sehen, wie in Rußland! Wir brauchen daher nicht besonders hervorzuheben, daß die finnische Sozialdemokratie von diesem Rußhandel nichts Gutes für die Arbeiterklasse erwartet.

Aus der Partei.

Amtsanwalt und sozialdemokratischer Redakteur. Ein Erfurter Amtsanwalt **Grömann** erlaubte sich in einer Schöffengerichtsverhandlung eine starke Ungehörigkeit gegen sozialdemokratische Redakteure. Ein Arbeiter hatte sich wegen groben Unfugs zu verantworten, den er durch einen Hochruf auf den Genossen Dahl verübt haben sollte, als Dahl nach dreimonatlicher Gefängnisstrafe von einer größeren Zahl Genossen abgeholt wurde. Der Amtsanwalt beantragte Verurteilung des Hochrufers und bemerkte dazu, er lasse dahingestellt, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen würde.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Thurner Polizei führt schon jahrelang einen hartnäckigen Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung. Kürzlich fiel es der Polizei ein, Gott weiß, aus welchen Gründen, den Genossen **Neumann** als Vorsitzenden der Thurner Sozialdemokratie schriftlich aufzufordern, mitzutreten, wann und wo an Stelle des am 5. Januar 1905 (!) von hier nach Charlottenburg verzogenen früheren Vorsitzers des sozialdemokratischen Wahlvereins den Vorsitz im Vorstande übernommen hat, bezw. zum Vereinsvorsitzer gewählt worden ist. Genosse **Neumann**, der den jetzt amtierenden Vorstand ordnungsgemäß angemeldet hat, konnte den Polizeiwunsch nicht erfüllen. Darauf kam eine zweite Aufforderung von der Polizei wegen der Vorstandänderung von 1905. Entweder Befriedigung der polizeilichen Witzbegierde, oder es wird gegen **Neumann** gemäß § 132 c des Gesetzes vom 30. Juli 1883 eine Zwangsstrafe von 100 Mk. event. eine Woche Haft festgesetzt werden! Lange machen gilt nicht, dachte Genosse **Neumann**, und schrieb kühl und kurz an die Polizei zurück, daß die Androhung der Zwangsstrafe nicht zulässig ist, da die Aufforderung, den Vorstandswahlwechsel von 1905 anzumelden, nicht unter das Zwangsverfahren des Landes-Verwaltungs-Gesetzes fällt. Na also! Die Plage und Mühe der Polizei und ihre bewundernswürdige Fähigkeit im Ersinnen immer neuer Mittel, der modernen Arbeiterbewegung des Vereinsrecht zu verkümmern, sind wirklich rührend — vielmehr aber beschämend für Preußen.

Genossenschaftsbewegung.

Kartelle und Konsumvereine in Schweden. Die schwedischen Genossenschaften haben oft Streitigkeiten mit den Trusten und Kartellen, wie alle Genossenschaftsverbände, die sich in guter Entwicklung befinden. Dieses Jahr haben sie eine große Abwehrbewegung gegen den schwedischen Zuckertrust geführt. Zu diesem gehören alle Zuckerraffinadefabriken in Schweden. Der Trust hat ein Aktienkapital von 135 Millionen Kronen; das ist für die schwedischen Verhältnisse sehr viel. Er wurde 1907 gegründet. Um den Markt zu beherrschen, stellte der Trust das ganze Land in Verkaufsdistrikte und legte zunächst einen Grundpreis fest. Auf diesen Preis schlug er die Frachtsomme für die einzelnen Distrikte auf. Sie waren jedoch so berechnet, daß ein Großhändler in einem Distrikt an einen Kleinhandlender in einem andern Distrikt verkaufen konnte. Die schwedische Großeinkaufsgesellschaft wurde als Großhändler für den Stockholmer Distrikt anerkannt, aber nicht für die andern Distrikte. Jahrelang wurden Unterhandlungen geführt, um das Recht zu erhalten, an alle Konsumvereine und nicht nur an die des Stockholmer Distrikts zu verkaufen, aber ohne Resultat. Schließlich forderte der Vorstand klare Antwort. Der Trust erklärte jedoch, er könnte von seinen Prinzipien nicht abgehen, daß jeder Großhändler in seinem natürlichen Verkaufsdistrikt arbeiten sollte, obwohl der Vorstand darauf verwies, daß die Konsumvereine den natürlichen Verkaufsdistrikt für die Großeinkaufsgesellschaft bildeten, und brach die Verhandlungen ab. Der Vorstand setzte sich mit einer deutschen Zuckerraffinade in Verbindung und fand, daß die Trustpreise 4 R per Kilogramm (2 Pfg. per Pfund) höher waren als die deutschen Preise plus Zoll. Er importierte daher eine große Menge Zucker. Einige Tage später erhöhte der Trust die Rohzuckerpreise um 1 1/2 Or. Alles erwartete, daß in einigen Tagen auch die Raffinadezuckerpreise steigen würden, und die Groß- und Kleinhandlender machten größere Abschlässe. Aber die Preiserhöhung trat nicht ein, weil am selben Tag, als die Rohzuckerpreise erhöht wurden, die erste Zuckersendung für die Großeinkaufsgesellschaft anlangte. Erst sehr viel später kam die erste Preiserhöhung. Die schwedischen Konsumvereine haben auf diese Weise im Durchschnitt mindestens 6 Or per Kilogramm gepart. Man rechnet in Schweden, daß jedes Or Preiserhöhung 10 000 Kronen per Tag ausmacht, es ist also die Ausbeutung durch den Trust auf diesem Wege sehr eingeschränkt worden.

Bei den Margarinepreisen konnten die Genossenschaftler ebenfalls den Konsumvereinen großen Nutzen bringen. Das schwedische Margarinekartell brach zusammen, und es setzte eine harte Konkurrenz der Fabrikanten ein. Aber dieser Konkurrenzkampf kam nicht den Konsumvereinen zugute. Die Fabrikanten setzten zwar den Preis um 5 Or per

Kilogramm herab, aber die Händler strichen die Differenz ein und setzten ihre Preise nicht herunter. Als der leitende Ausschuß der Großeinkaufsgesellschaft dies sah, sandte er ein Rundschreiben an die Vereine und setzte den Preis herab gleich den Privatfabrikanten, unter der Voraussetzung, daß die Vereine selbst ebenfalls den Preis herabsetzten. Auf diese Weise wurden auch die Händler gezwungen, ihre Preise herabzusetzen. Ein neues Zeugnis, daß die Vorteile der Genossenschaftsbewegung nicht nur den Mitglidern, sondern auch den Nichtmitglidern in großem Maße zufallen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 3.

Henriette Arendt, Polizeiaffektin a. D., Kleine weiße Sklaven. (Wita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Gh.) Preis brosch. 2,50 Mk., geb. 3,50 Mk. Ein grauenhaftes Kapitel Kinderelend wird hier von der vielgenannten ehemaligen Polizeiaffektin Schwester **Henriette Arendt** enthüllt. Ein Gebiet so reich an Jammer, an Grausamkeit und Roheit, daß man es kaum fassen kann, warum die Behörden und Vereine all diesem Elend bisher fast müßig gegenüberstanden. Es ist ein Buch der Anklage gegen unsere sozialen Zustände und Einrichtungen, gegen eine Gesellschaft, die uneheliche Mütter achtet und dadurch so manche zwingt, ihr Kind wahllos dem ersten besten zu überlassen, gegen unseren Polizeistaat, der so viel Beringsfügiges übermacht, aber nicht verhilft, daß Menschenleben zu Ware gemacht werden. Mitschuldig sind alle die Leichtgläubigen, die das blühende Geschäft des Adoptionschwindels führen, ja das gesamte Volk, das noch nicht die Verantwortlichkeit jedes einzelnen für jedes, auch das fremde Kind erfährt hat. Schonungslos wird das Mandat der Adoptionszentralen aufgedeckt, die massenweise Kinder gegen einmalige Abfindung erlangen, um sie dann dem physischen oder moralischen Untergang zu zuführen. Fall an Fall reißt Schwester **Henriette Arendt** aneinander, sie bringt erdrückende Beweise dafür, daß ein Kinderhandel von ausgedehntem Umfang sich, unbehelligt von polizeilichen Ermittlungen, auch in Deutschland und im Herzen Berlins vollzieht. Alle, die auf sozialem Gebiete arbeiten, werden dies Buch, in dem reichhaltiges Tatsachenmaterial sich mit lebendiger, warmer Darstellung verbindet, beachten müssen — es wird ein Weckruf werden, der hoffentlich die unbedingt nötigen sozialen Taten nach sich zieht.

Verantwortlicher Redakteur: **Joh. Stelling.**
Verleger: **Th. Schwarz.** Druck: **Friedr. Meyer & Co.**
Sämtlich in Lübeck.



Nur 10 Pfennig

kosten 2—3 Teller vorzüglicher Suppe

MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern.

(Mehr als 30 Sorten).

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**

In kürzester Zeit nur mit Wasser herzustellen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Metropol-Theater. * Tonhalle.

Ab heute:

In dem großen Augenblick.

Großes Drama in 3 Akten.

Spieldauer 1 1/2 Stunden.

82 Bilder.

Ein Beitrag zur Mutterschutzbewegung.

Asa Nielsen in der Hauptrolle.

Ein Bild von unbeschreiblicher Schönheit.

Außerdem:

Großes Doppel-Programm.

10 Bilder.

HANSA THEATER

Täglich abends 8 1/4 Uhr:

Origin.-Parisiens-Gastspiel mit d. neuest. Schlag. d. Saison.

Das starke Stück.

Schwank in 1 Akt von Jul. Geß.

Er — Sie und Jener.

Schwank i. 1 Akt v. Neumann-Hofer

!! BEREGISS !!

Drama in 1 Akt v. André de

Lorde und B. Chaine.

Die unmoralische Wohnung

Schwank in 1 Akt v. Alex. Engel.

Vorverkauf bei Sager.

Vorzugskarten wochentags

gültig.

Stadthallentheater.

Sonntag, den 22. Oktober. 8 Uhr.

Meyers.

Schwank von Friedmann-Friedrich.

Dienstag, 24. Oktober. 8 Uhr.

Einmaliges Gastspiel

Bozena Bradsky.

Lieder-Vorträge.

Vor- her: **Die Hasenpötte.**

Tragikomödie von Brenner.

Gewöhnliche Preise!

Darstellungsmittel ungenügend.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Röß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 22. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Voll-Abonnement 32

Der liegende Holländer.

Romant. Oper von Rich. Wagner.

Montag, 23. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Romeo und Julia.

Tragödie von Shakespeare.

Vorläufige Anzeige.

Donnerstag, 26. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Gastspiel Fina Widhalm

vom Stadttheater in Köln.

Aida.

Libretto — — Fr. Widhalm a. Goff.

Biophon.

Lichtbild-Theater.

Nur Breite Strasse 52.

Das Opfer des Mormonen.

Größtes nordisches Sitten-Drama in 4 Akten.

In der Hauptrolle Frau **Clara Wieth**, die Darstellerin des Fr. Nielsen in Jugendsünde.

Kein Preisaufschlag.

Nur für Erwachsene: Sonntags von 4 bis 11 Uhr.

Wochentags von 3 bis 11 Uhr.

Nur für Kinder: Sonntags von 2 bis 4 Uhr.



Arbeiter-Radfahrer-Verein
Lübeck.

Einladung zum

groß. Gala-Saalfest

verbunden mit

Reigenfahren, humoristische Aufführung u. Auftreten der Weltradkunsthändler Gebr. Pischel

am Sonntag, dem 12. November 1911

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses

Johannisstraße 50—52.

Es gelangt zur Aufführung: 1. Eine Radtour mit Hindernissen. 2. Die neue Aufnahme oder Die erste Ausfahrt.

Eintritt für Herren 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Lokalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Mitgliedsbücher sind vorzuziehen.

Das Komitee.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Verband d. Schneider u. Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Lübeck.

Einladung zum

Stiftungs-Fest

am Sonntag, dem 22. Oktober,

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 6 Uhr.

Anfang 6 Uhr.

Preis der Karte 50 Pfg. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Stiftungsfest

Sonntag, den 22. Oktober 1911

im Lokale des Herrn Gutsche, Neu-Lauerhof.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.